

Da überall gespart werden muß, scheinen die Gelder verschwunden zu sein. Wer sucht, der findet: Die Deutsche und andere Banken konnten ihre Profite im ersten Halbjahr dieses Jahres noch einmal steigern. Die Deutsche Bank um solide 12,6 Prozent, Spitzenreiter Hypobank um 24,8 Prozent. Für die Industriekonzerne war es profitabler, ihr Rekordgewinne aus der deutschen Einheit bei Banken anzulegen als damit in neue Fabriken zu investieren.

Ein Wirtschaftssystem, in dem Profitmaximierung durch das Hin- und Herschieben von Geld das Handeln der Unternehmer bestimmt, in dem das Schaffen von wirklichen Werten – zum Beispiel für alle ein Dach über dem Kopf – nicht wichtig ist, ist krank.

Die Arbeit ist da: Wohnungen, Schulen, Kindergärten werden gebraucht, Umweltschäden müssen bereinigt, ein ökologisches Verkehrssystem aufgebaut werden. Die Arbeitskräfte, das technische Wissen und die Maschinen sind auch vorhanden. Es ist das Profitsystem der Bosse, was diese Dinge voneinander trennt.

Es ist ihr System, welches die Abwärtsspirale der Wirtschaftskrise in Gang setzt: Weniger Stahlwerke brauchen weniger Kohle, arbeitslose Bergarbeiter kaufen keine neuen Autos...

Regierung und Konzerne tragen die Krise auf Kosten der arbeitenden Menschen aus.

Doppelt kassieren

Sachsens Ministerpräsident Biedenkopf hat konsequenterweise vorgeschlagen, daß man um die Pflegeversicherung nicht soviel Firlefanz machen soll: Die Arbeitnehmer sollen von vorneherein den vollen Betrag berappen, dann könnte der Streit um den Ausgleich für die Kapitalisten aufhören. Das ist eine ideale Ergänzung zu den Vorschlägen von FDP und Unternehmerverbänden. Diese meinen inzwischen, daß Karenztage und Kürzungen bei der Feiertagsbezahlung unabhängig von der Pflegeversicherung eingeführt werden müssen – doppelt Abkassieren kommt besser.

Regierung und Konzerne wollen Hüttenvertrag und Jahrhundertvertrag und damit 20 000 Arbeitsplätze im Kohlebergbau loswerden. Die Arbeitsplätze seien zu teuer. Nicht zu teuer ist hingegen die Finanzierung der Kosten für die Arbeitslosigkeit. Denn die schmälert nicht die Profite der Energieunternehmen, sondern wird von den arbeitenden Menschen bezahlt.

Den Beschäftigten im Baugewerbe soll das "Schlechtwettergeld" gestrichen werden. Das würde zu Entlassungen im Winter führen und im Schnitt 6500 DM weniger für jeden Kollegen bedeuten.

Die ArbeiterInnen in den fünf neuen Ländern müssen sich jeden Tag anhören, daß sie ihr "Anspruchsdenken" überwinden sollen. Sie mögen sich Ansprüche denken, aber mit 60 Prozent Lohn bei 100 Prozent Preisen lassen sich diese schlecht verwirklichen. Bei Treuhand-Managern durchaus: Mit 522 100 DM im Jahr für Direktoren und 376 000 DM für Abteilungsleiter sind sie gut bedient.

Gemeinsam schlagen

80 000 Bergarbeiter haben spontan gestreikt. Die Kalikumpel von Bischofferode kämpfen seit einem halben Jahr für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Daimler-Beschäftigte haben gegen den Abbau über-tariflicher Leistungen protestiert. Zehntausende waren auf den Demonstrationen des DGB gegen den sozialen Kahlschlag. Doch wenn es so weitergeht wie bisher, verlaufen diese Aktionen trotz allen Engagements der KollegInnen vereinzelt im Sande.

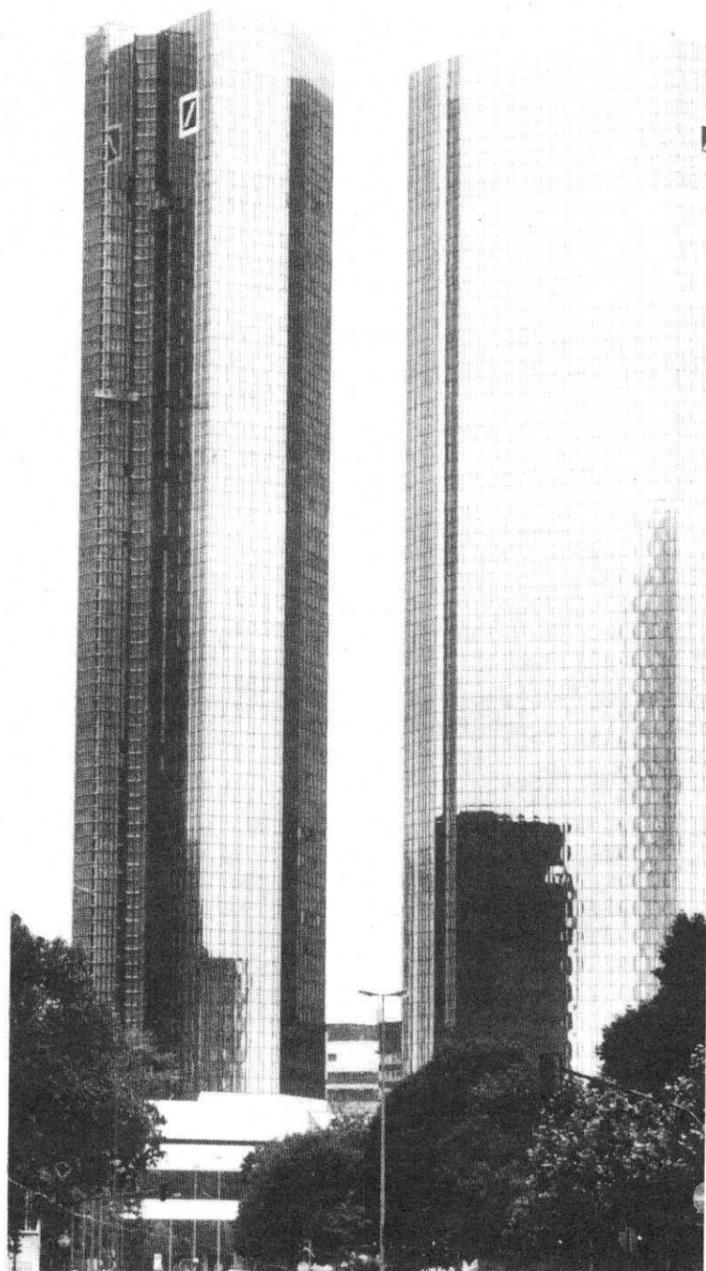
Bereits letztes Jahr hatte der DGB einen heißen Herbst angekündigt, aber nur lauwarmer Proteste organisiert. Daß uns der soziale Kahlschlag nicht gefällt, wissen Regierung und Kapital sehr gut, wir brauchen sie nicht zart darauf hinweisen.

Wir müssen ihnen zeigen, daß wir uns gemeinsam wehren. Nötig ist ein 24-stündiger Generalstreik, um die Stärke der arbeitenden Menschen zu demonstrieren und die Angriffe auf Löhne, Arbeitsplätze und soziale Standards zurückzuschlagen.

Die Reichen sollen zahlen

ARBEIT FÜR ALLE!

- Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche
- Arbeitsplätze schaffen im Wohnungsbau, im Sozial- und Umweltbereich
- Mindesteinkommen von 1800,- netto für alle
- Sturz der Kohl-Regierung
- Entlaßt die Bosse – Verstaatlichung der Konzerne und Banken unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten



Bankenpaläste zu Wohnhäusern! Trotz Wirtschaftskrise: In der ersten Jahreshälfte 93 konnte die Deutsche Bank ihre Profite um 12,6 Prozent steigern.

DGB muß 24-stündigen Generalstreik organisieren

unser standpunkt

Gegenwehr statt Kapitulation

Eine Horrormeldung jagt die nächste. Kaum ist eine Betriebsschließung erfolgt, wird die nächste angekündigt. Kaum ist ein Jahr mit Reallohnverlusten vorbei, wetzen die Unternehmer die Messer für eine echte Nullrunde. Auf Bundesebene hilft die SPD-Führung der Kohl-Regierung durch eine versteckte Große Koalition. In Ländern und Gemeinden betreibt sie aktive Kürzungspolitik. Bisher ist die SPD-Führung dafür auch zu recht von Spitzenfunktionären aus Einzelgewerkschaften angegriffen worden. Doch diese Kritik ist nur halbherzig: die Gewerkschaftsfunktionäre haben fast alle ein SPD-Mitgliedsbuch in der Tasche. Wo bleibt ihr Kampf innerhalb der SPD gegen die rechte Politik und für personelle Alternativen zu den rechten Parteikarrieristen?

Halbherzige Aktionen

Wortradikales Wetter gegen die soziale ungerechte Politik wird zum Etikettenschwindel, wenn andererseits die gewerkschaftliche Kampfkraft nicht voll eingesetzt wird. Die Aktion "Gegenwehr" des DGB wird ohne konkrete Kampfziele geführt. Die Bewegungen gegen Arbeitsplatzabbau oder Kürzungen der übertariflichen Leistungen in der Stahlindustrie, Autoindustrie, Bergbau wurden nicht zu einer gemeinsamen Streikbewegung vereinigt. Aktionen wurden nicht systematisch gesteigert, soweit für sie überhaupt konsequent mobilisiert wurde. So muß die Kampfkraft dieser Aktionen verpuffen. Die Aktion Gegenwehr kann sogar zu einem Mißbrauch des gewerkschaftlichen Engagement der Mitglieder werden: Die Arbeiter und Angestellten, die sich an betrieblichen Aktionen beteiligen, müssen sich veräppelt vorkommen, wenn sie ihre Zeit und ihr Geld für verzettelte Aktionen opfern, die bereits in der Vergangenheit nichts bewirkt haben und heute erst recht nichts bewirken.

Anpassung an Unternehmerinteressen

Nicht genug damit. Die Basis bekommt von den Gewerkschaftsführungen über die kommende Tarifrunde nichts wesentlich anderes zu hören als von Unternehmern und der Kohl-Regierung. Nullrunde nennen es die Unternehmer. "Pause im Verteilungskampf unter den besonderen Bedingungen 1994" nennt es IG-Metall-Chef Klaus Zwickel. Wo ist der Unterschied? Was will die Gewerkschaftsführung mit dieser Politik rüberbringen? Heißt das, daß doch die angeblich zu hohen Löhne Schuld sind an Rezession und angeblicher mangelnder internationaler Konkurrenzfähigkeit?

In der Propaganda der Gewerkschaften wurde bisher immer zurecht das Gegenteil behauptet. Zurecht wurde bisher darauf hingewiesen, daß Tarifabschlüsse und staatliche Umverteilungspolitik in den 80er Jahren dazu geführt haben, daß die Kluft bei Einkommen und Vermögen zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern größer geworden ist. Wie ernst ist der Hinweis auf die vollen Taschen und Konten der Banken und Konzerne und die Kritik an ihrer mangelnden Investitionsbereitschaft gemeint, wenn die nächste Tarifrunde Lohnverzicht bringen soll? Inflation, Steuer- und Abgabenerhöhungen haben die Tarifierhöhungen der letzten beiden Jahre mehr als aufgeessen. Die arbeitende Bevölkerung hatte real weniger zum Leben. Die Lohnopfer der letzten Jahre haben weder Rezession noch Arbeitsplatzabbau verhindert. Und die Tarifabschlüsse zweiter Klasse im Osten haben erst recht nicht den industriellen Kahlschlag verhindert. Das eigentliche Ergebnis der gewerkschaftlichen Defensivpolitik ist, daß die Unternehmer immer frecher werden.

Gemeinsam kämpfen: Eintägiger Generalstreik!

Die Gewerkschaften stehen am Scheideweg: konsequente Interessenvertretungspolitik für die Arbeitenden und Arbeitslosen oder Kapitulation vor den Unternehmern. Die Kampfkraft ist vorhanden. Das zeigten die streikenden ÖTVler im letzten und die Metaller im Osten in diesem Jahr. Überall gehen Belegschaften auf die Straße für ihre Arbeitsplätze und gegen Sozialabbau, allen voran die Kalikumpel in Bischofferode. Damit die Kämpfe erfolgreich sind, müssen sie verbunden werden.

VORAN hat im Frühjahr gefordert, daß die Gewerkschaftsführung als Auftakt für eine Gegenoffensive gegen Kohl und die Unternehmer zu einem eintägigen Generalstreik aufruft. Dies wäre eine Form der Machtdemonstration, die den Herrschenden die Schranken ihrer Willkürherrschaft aufzeigen würde und den Gewerkschaftmitgliedern Vertrauen in die eigene Stärke geben würde. Wenn die Vorstände nur abwiegeln und die Proteste in "geordnete Bahnen" lenken wollen, wie die Äußerungen von IGBE-Funktionären in bezug auf die Bergarbeiterproteste vermuten lassen, dann sollten sich die Aktivisten der Basis zusammenschließen, Kontakte zwischen den Betrieben herstellen und so den Kampf organisieren.

Über den Zusammenschluß der betrieblichen Aktivisten könnte der Druck auf die Gewerkschaftsführung ausgeübt werden, die Kämpfe zu unterstützen. Die Funktionäre, die immer noch die Proteste abbremsen, können ersetzt werden.

Der Aufruf zu einem Generalstreik müßte verbunden werden mit der Forderung nach sofortigem Stop von Arbeitsplatzabbau und aller Angriffe auf betrieblicher Ebene und von Seiten des Staates. Ziel einer gewerkschaftlichen Gegenoffensive muß es sein, die Regierung zu stürzen und eine Politik durchzusetzen, die die Ursachen der Misere beseitigt: Privateigentum an Produktionsmitteln, Konkurrenzkampf und Profitmaximierung.

Köln, 26. 9. 1993

Impressum

Überregionale marxistische Monatszeitung für Arbeiter-/Innen und Jugendliche. Erscheint seit 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortliche Redakteurin: Angela Bankert
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Blitz-Druck Mandzel GmbH, Essen
Redaktionsanschrift: Voran, Hansaring 4, 50670 Köln
Telefon 0221/134504 oder 134604, Telefax 0221/137280
Bankverbindung: Postgiroamt Essen, BLZ 360 100 43
Konto-Nr. 2500 59-430

Humanitäres Blutbad

Peinliche Pannen der US-Elite-Truppe in Somalia / Als Hungerhilfe getarnte Kolonialherrschaft

Die Besetzung Somalias durch UNO-Truppen unter amerikanischer Führung wird zu einem grotesken Drama. Während die UNO offiziell die Hungerhilfe seit dem 1. September eingestellt und ihre Lastwagen abgezogen hat, schickt Bill Clinton Elite-Soldaten.

Man könnte lachen, würden nicht täglich Menschen sterben: Amerikanische Sheriffs auf der Jagd nach dem somalischen Saddam Aidid legen Krankenhäuser in Trümmer, stürmen nachts "aus Versehen" ein UNO-Gebäude, zerstören die Einrichtung und verhaften die Mitarbeiter. Auch die täglichen Gefechte mit somalischen Rebellen werden heftiger: Mitte September konnten nur noch US-Kampfhubschrauber eine militärische Niederlage eines UN-Konvois verhindern. Zu diesem Zweck richteten sie ein

Massaker an. Augenzeugen sprechen von über 100 Toten unter den Somalis, einschließlich Frauen und Kinder. Doch nicht nur im direkten Kampf sterben Somalis. Belgische UNO-Soldaten haben im Radio anonym über Folterungen und Mord an Einwohnern berichtet: "Wenn es Tote gab, blieben sie einfach liegen" oder "Zunehmend wurde auch auf jeden geschossen, der eine Waffe trug". Vor diesen Aktionen hätten sie abgesprochen daß auf Befragen gesagt werde "wir seien beschossen worden".

Die militärische Besetzung erzeugt Widerstand, der die UN-Truppen in einen nicht gewinnbaren Guerillakrieg verstricken wird. Ende September schossen somalische Kämpfer einen US-Kampfhubschrauber ab. Daraufhin gab es Freudenfeiern und Jubeldemonstrationen.

Selbst die Mehrheit im amerikanischen Kongreß verlangt von Clinton eine neue Rechtfertigung des gesamten Einsatz, allerdings erst bis Mitte November. Bisher versucht die USA, den somalischen Widerstand zu spalten und mit den "guten" Clans zusammenzuarbeiten. Doch die kommen inzwischen mehr unter Druck, selber den Kampf gegen die UNO-Truppen aufzunehmen. Aidid ist kein zufälliger Bösewicht, sondern Produkt der militärischen Besetzung. Wird er getötet, stehen "neue Aidids" längst bereit. Bei allem harmlosen Getue unterstützt auch die Bundeswehr die imperialistische Polizeiaktion in Somalia.

Wir fordern den sofortigen Abzug aller UN-Besatzungstruppen aus Somalia.

Geert Möbius, Redaktion

Müllberge voller grüner Punkte

Duales System und Profite vorläufig gerettet

Den Kapitalisten fiel ein Stein vom Herzen. Ihr Bundesverband der Deutschen Industrie sprach von einem "Sieg der Eigenverantwortung der Wirtschaft". Der heldenhafte Sieg bestand in der Abwendung der drohenden Pleite des Dualen Systems Deutschlands (DSD). 1 Milliarde DM mußten Entsorgungsunternehmen, Industrie und nicht zuletzt die Kommunen aufbringen. Außerdem werden ab dem 1. Oktober die Lizenzgebühren für den "Grünen Punkt" für die Verbraucher verdoppelt. Der finanzielle Zusammenbruch drohte, weil viele Unternehmen, die ihre Produkte mit dem Grünen Punkt versehen, bisher ganz eigenverantwortlich keine Abgaben für die Entsorgung gezahlt hatten.

Der wahre Schuldige: Das Umweltbewußtsein

Begonnen hat der Spuk im August 1990. Müllberge und gewachsenes Um-

laut SPIEGEL jeder Haushalt 200 bis 500 DM im Jahr zur Finanzierung des DSD. Gleichzeitig soll so die Müllabfuhr teilweise privatisiert und monopolisiert werden. Je mehr Verpackungen mit dem grünen Punkt produziert werden, desto mehr Gebühren fließen beim Verkauf automatisch in die Taschen privater Entsorger, mehr Müll gleich mehr Profit!

Offiziell wird der Grüne Punkt als das Zeichen für garantiertes Recycling gepriesen. Es handelt sich dabei jedoch um sogenanntes "Downcycling". Um die Verpackungen in ihre Rohstoffe zu zerlegen, ist ein derartiger Energieaufwand nötig, daß sich dies von selbst ausschließt. So werden aus Milchkarton-Tetrapaks Parkbänke. Auch bei Stoffen, bei denen Recycling möglich ist, zum Beispiel Glas, wird zum Reinigen und Einschmelzen von Einwegflaschen viel mehr Energie verbraucht als bei Pfandflaschen.

Nur Einwegverpackungen tragen den

Müllmenge müssen zum Beispiel nur 42 Prozent Glas, 18 Prozent Alu, Pappe und Karton und 26 Prozent Weißblech in den Rohstoffkreislauf zurückgeführt werden.

Das DSD soll so funktionieren, daß Müllvermeidung nicht funktioniert. Daß nicht einmal das funktionierte, lag am hohen Umweltbewußtsein der Bevölkerung. Statt der erwarteten 100 000 t mußte das DSD mit 400 000 t Plastikbechern, Flaschen und Milchtüten fertig werden. In Berlin wurden Schiffe geheuert, in Zweibrücken Flugzeughallen der US Army gemietet, um sie mit Müll zu füllen und so einen zeitlichen Aufschub zu erreichen. Plötzlich punktete es in der ganzen Welt grün, von Frankreich bis Indonesien.

Die finanziellen Nöte des DSD sollten auf dem Rücken der in der Entsorgung Beschäftigten ausgetragen werden. Entlassungen wurden ausgesprochen. Erst jetzt, nachdem eine unternehmerfreundliche "Lösung" gefunden wurde und das DSD auf Kosten der Allgemeinheit weiterbesteht, wurden die Entlassungen zurückgenommen.

Müllvermeidung

Diejenigen, die sich auf das Reinigen und Sortieren der Verpackungen eingelassen haben, wurden verarscht. Die Bereitschaft zu umweltfreundlichen Handeln wurde ausgenutzt. Wenn sich wie in Hamburg weitere Entsorger weigern, den grünen Müll abzuholen, werden die Kommunen die Müllgebühren drastisch erhöhen. Dann zahlen wir doppelt.

Grundsätzlich muß Müllvermeidung das oberste Ziel sein, danach gilt: Mehrweg statt Einweg. Aufwendige Verpackungen müssen verboten werden, ebenso wie bestimmte Einwegverpackungen (Getränkedosen, Tetrapaks).

Jede Verordnung wird diesem Problem hinterherrennen. Wir brauchen daher eine demokratische Kontrolle der Produktion, damit ArbeiterInnen und Verbraucher von vorneherein planen können, wie am Ende am wenigsten Müll entsteht. Dazu müssen die Pharma-, Chemie-, Petrochemie- und Mineralölkonzern unter demokratischer Kontrolle verstaatlicht werden.

Um beim anfallenden reduzierten Restmüll Recycling zu ermöglichen, müssen die verwendeten Kunststoffarten verringert, gekennzeichnet und getrennt gesammelt werden. Um die Sortierbereitschaft der Bevölkerung sinnvoll zu nutzen, brauchen wir keine gelben Säcke voller Grüner Punkte, sondern endlich flächendeckend Tonnen für kompostierbaren Bioabfall, für die einzelnen Wertstoffe und eine Restmülltonne. Der Restmüll kann deponiert werden. Müllverbrennungsanlagen sind selbst sehr teuer und energieaufwendig, verlagern die Schadstoffe wie Dioxine und Schwermetalle nur in die Luft.

Stephan Kimmerle, Stuttgart



Viel Müll – viel Profit; wir fordern Müllvermeidung!

weltbewußtsein zwangen Umweltminister Töpfer dazu, eine Verpackungsordnung zu planen, die eine Rücknahme von Altmaterial in den Verkaufsstellen vorsah. Vor diesem Übel mußten sich die Spitzenverbände der deutschen Industrie schützen. Sie entwickelten das Duale System Deutschland (DSD). Eine Rücknahmepflicht für Verpackungen hätte die Müllflut nicht automatisch gestoppt. Aber sie hätte zumindest die Abfallbeseitigung von Verpackungsmaterialien zum Problem derer gemacht, die sie produzieren. So hätte Druck zur Müllvermeidung entstehen können.

Das sollte durch das DSD verhindert werden. Die Gewinne vor allem der chemischen und der Verpackungsindustrie sollten gesichert werden. Die Kosten dafür tragen die Konsumenten. Zusätzlich zu den kommunalen Müllgebühren zahlt

Grünen Punkt. Der Grüne Punkt führt zur Entstehung eines minderwertigen Produkts, das lediglich mit Zeitverzögerung auf dem normalen Müllberg landet.

"Verwertungsquoten"

Töpfer legte unternehmerschonend sogenannte "Verwertungsquoten" fest. So kommt es, daß nur ein Bruchteil der Verpackungen vom DSD gesammelt werden muß. Davon wiederum muß nur ein Teil bearbeitet werden. Der Rest landet auf Deponien oder Verbrennungsanlagen.

Bei den Milchkarton Tetrapaks müssen nur 30 Prozent erfaßt und davon nur 20 Prozent wiederverwertet werden. Ergebnis: Nur 6 Prozent müssen downgecycelt werden, sonst gäbe es wohl auch zu viele Parkbänke.

Von der in einem Gebiet anfallenden

Schikane statt Hilfe

Arbeitsamtkontrollen nerven Arbeitslose und Beschäftigte

Seit April dieses Jahres werden in den Arbeitsämtern sogenannte Meldekontrollen durchgeführt. Sie sollen dazu dienen, den angeblich so großen Leistungsmissbrauch bekämpfen. Betroffen sind zum Großteil Leute aus dem Baubereich und AusländerInnen, hier glaubt die Bundesanstalt für Arbeit wohl mehr "Sozialbetrüger" zu finden!?

Von den Meldekontrollen werden in den alten Bundesländern 50 Prozent, in den neuen 33 Prozent der Arbeitslosen erfaßt. Sie müssen sich einmal im Monat beim Arbeitsamt melden. Laut Anweisung aus Nürnberg sollen die Arbeitslosen auch beraten werden.

tragen. Wissen die Bonzen der Arbeitsverwaltung nicht, wie die Realität in den Arbeitsämtern aussieht?

Kollegen überlastet

Bei den Meldekontrollen kommt nichts heraus außer personeller Überlastung und Verärgerung der Arbeitslosen. Sie müssen bei Erscheinen zur Überprüfung in den Wartezonen – ohne Stühle – in der Schlange stehen. Die Arbeitsämter werden wieder zu Stempelbuden.

Durch die Kontrollen werden Teile der Arbeitslosen kriminalisiert, da sie von

Wir brauchen Arbeit für alle hier lebenden Menschen und keine organisierte Kriminalisierung der Arbeitssuchenden. Nicht die Arbeitslosen, sondern die Arbeitslosigkeit muß bekämpft werden!

Stattdessen werden durch die Kürzungen bei ABM, in der Aus- und Weiterbildung und durch die Abschaffung des Schlechtwettergeldes noch mehr Menschen in die Arbeitslosigkeit getrieben.

VORAN setzt sich ein für:

- Weg mit den Schikanen gegen Arbeitslose
- Arbeit und vollen Lohn. Wir wollen nicht die Krise ausbaden, die wir nicht



Zurück zu den alten Stempelbuden?

vornehin wie potentielle "Sozialbetrüger" behandelt und häufiger zum Arbeitsamt bestellt werden.

Laut AFG ist die Arbeitsvermittlung die wichtigste Aufgabe. Als ich mit dem Direktor eines Arbeitsamtes diskutierte, meinte er, zur Zeit wären die "ordnungspolitischen Aufgaben" wichtiger. Im Klartext: Die Einschüchterung der Arbeitslosen. Es gibt zig Millionen Arbeitslose, die gerne arbeiten möchten. Können die sich auf die Hilfe der Arbeitsämter dabei verlassen, wenn diese sie nur schikanieren?

verursacht haben

■ Einen garantierten Ausbildungsplatz für alle mit einem Mindestlohn von 1800 DM netto, finanziert durch eine Umlage alle Unternehmer. Wer nicht ausbildet, soll zur Kasse gebeten werden!

■ Übernahmegarantie für alle Azubis im erlernten Beruf

■ Umwandlung aller ABM-Stellen in feste Arbeitsverhältnisse

■ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich

Daniel, ÖTV-Mitglied
Arbeitsamt Berlin

... und tschüss!

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Die Arbeitslosen erscheinen zum gewünschten Termin und müssen erst einmal stundenlange Wartezeiten auf sich nehmen. Dann kommen sie zum Vermittler, dürfen ihren Ausweis, ihre Einladung und manchmal ihre polizeiliche Anmeldung vorzeigen – und können wieder gehen. Manchmal werden auch nur die Einladungen eingesammelt, die Arbeitssuchenden kommen gar nicht erst zu den Vermittlern.

Laut AFG sind Arbeitslose alle drei Monate einzuladen. Nur wenn ein begründeter Verdacht besteht, sind die Arbeitslosen öfter einzuladen. Die Meldekontrollen sind gesetzeswidrig.

Die verstärkten Kontrollen erfordern Personal. Die Bundesanstalt für Arbeit stellt jedoch keine neuen Leute ein. Die KollegInnen müssen die Arbeit nebenbei machen. Die normale Arbeitsvermittlung leidet darunter. Viele Beschäftigte in den Arbeitsämtern leisten unbezahlte Überstunden alleine zur Bewältigung der Meldekontrollen.

Da die Arbeitslosen teilweise nicht auf die erste Einladung hin erscheinen, werden sie aus dem Leistungsbezug abgemeldet. Sie werden aber wieder angemeldet, wenn sie für das Nichterscheinen einen wichtigen Grund nachweisen können. Dadurch werden die KollegInnen der Leistungsabteilung stark beansprucht und kommen kaum noch zu ihrer eigentlichen Aufgabe, dem Bearbeiten von An-

Nix mit Olympia 2000

Erfolgreicher Widerstand gegen die Bonzenspiele in Berlin

Mit der Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), die Spiele 2000 nach Sydney zu vergeben, hat die Politik des Berliner CDU-SPD-Senats eine Schlappe erlitten.

Maßgeblich für die Entscheidung des IOC gegen Berlin war die Anti-Olympia-Stimmung in der Stadt. Von Anfang an

sucht, die Anti-Olympia-Bewegung zu kriminalisieren. Es wurde eine Sondertruppe des polizeilichen Staatsschutzes zur Bekämpfung antiolympischer "Verbrechen" aufgestellt. Das Kleben von Plakaten wurde mit hohen Geldstrafen belegt.

Senat und Wirtschaftsbosse haben in

sten Wohnungssuchenden nicht bezahlt.

Berlin in der Krise

Das Geld, welches für Olympia ausgegeben worden wäre, wird an anderer Stelle viel dringender gebraucht. Drei Jahre nach der Einheit sind die Probleme der Stadt so groß wie noch nie. Die Arbeitslosigkeit liegt offiziell bei 13 Prozent, von den ehemals 80 000 Industrie-arbeitsplätzen im Osten sind nur noch 40 000 vorhanden. Auch im Westteil kündigen Unternehmen an, massenhaft Arbeitsplätze abzubauen. Über 2000 Schulabgänger haben bis jetzt noch keine Lehrstelle gefunden, ganze Ausbildungsjahrgänge im öffentlichen Dienst werden nach ihrer Ausbildung nicht übernommen.

Für 1994 hat der CDU-SPD-Senat einen Sparhaushalt beschlossen, der in erster Linie die "kleinen Leute" hart trifft. Von 200 000 Stellen im öffentlichen Dienst sollen bis 1997 25 000 eingespart werden. Kürzungen bei der BVG führen zur weiteren Ausdünnung des öffentlichen Verkehrsnetzes, zur Verlängerung von Taktzeiten und Erhöhung von Fahrpreisen.

Wir haben verhindert, daß Daimler, Diepjen und Co. ihre Spiele in unserer Stadt austragen können. Zeigen wir ihnen jetzt, daß wir nicht gewillt sind, diese Umverteilung zugunsten der Reichen länger hinzunehmen.

Antje Zander, Berlin



Nun freue dich Berlin – noch einmal davongekommen



formierte sich eine breite Protestbewegung in der Bevölkerung, die sich nicht gegen den Sport, sondern gegen Olympia als Bonzenspektakel richtete.

Barcelona hatte gezeigt, daß die Spiele nur für das IOC und die Unternehmer Milliarden Gewinne bringen, aber an den Interessen der Bevölkerung völlig vorbegehen.

Der Senat hatte von Anfang an ver-

den letzten drei Jahren versucht, die Ausrichtung der Spiele den Berlinern als Allheilmittel für alle Probleme in der Stadt schmackhaft zu machen. Der Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes, neue Sportanlagen, Wohnungen und vor allem Arbeitsplätze wurden versprochen.

Doch das wären Sportplätze nur für den Spitzensport geworden. Die geplanten 15 000 Wohnungen wären für die mei-

Anti-Krisen-Programm

Die wirtschaftliche Rezession bedroht uns mit Arbeitsplatzvernichtung, Reallohnsenkung und Sozialabbau. Aber muß es so sein? Wie wäre es, wenn die Reichen den Gürtel enger schnallen würden, die Großaktionäre für die Krise ihres Profitsystems bezahlen würden? Deshalb fordern wir:

- Erhalt aller Arbeitsplätze und sofortige Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und Senkung des Rentenalters auf 55 Jahre
 - Garantiertes Mindesteinkommen von 1800 DM netto für alle ab 18 Jahre
 - Öffnung der Geschäftsbücher – wir wollen sehen, wo die Millionen hin sind, die wir erwirtschaftet haben
- Die Banken und Konzerne haben Hunderte von Milliarden DM auf der hohen Kante. 20 Prozent der Industriekapazität liegen brach, ganze Betriebe werden stillgelegt, weil die Bosse sie nicht mehr gebrauchen können. 5 Millionen Menschen werden zum Nichtstun verdammt, obwohl die Gesellschaft Wohnungen, Schulen und neue Bahnstrecken braucht. Nur die Profitgier einer kleinen Minderheit, den Besitzern von Kapital und Betrieben, steht der Nutzung der Kapazitäten der Gesellschaft im Weg. Deshalb fordern wir:
- Ein massives öffentliches Investitionsprogramm im Wohnungsbau, Öffentlichen Verkehr, Umwelt-, Bildungs- und Sozialbereich Finanzierung durch:
 - Überführung der großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum
 - Leitung der Wirtschaft durch demokratisch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter von Beschäftigten und Gewerkschaften, die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn
 - Demokratische Produktionsplanung nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Umwelt

Gegen große Koalition

Jusos Kassel fordern radikale Wende

Auf Antrag der Jungsozialisten stimmte die Mehrheit der Delegierten auf dem SPD-Parteitag des Unterbezirkes Kassel-Stadt gegen eine Koalition mit CDU und FDP im Rathaus. Mit 121 zu 79 Stimmen setzte sich die Linke klar gegen den an der Macht klebenden und zu allen Kompromissen bereiten "Scheidemann-Kreis" durch (Philip Scheidemann: rechter SPD-Politiker nach dem 1. Weltkrieg, mitverantwortlich für den Kompromiß mit den Generälen und Kapitalisten). Eine bereits zwischen CDU, FDP und SPD ausgehandelte Vereinbarung für die nächste Legislaturperiode wurde abgelehnt. Das ist ein Teilsieg, denn einen generellen Verzicht auf eine Koalition mit den Bürgerlichen konnten die Jusos nicht durchsetzen.

Ein Teil der SPD-Fraktion und einige aus der Parteispitze mißachten das Basisvotum und verhandelten weiter mit der CDU.

Nachdem die SPD bei der Kommunalwahl im März 45 Prozent ihrer Stimmen verloren hatte, wurde die CDU im Kasseler Rathaus zur stärksten Fraktion, obwohl sie kaum Stimmen dazu gewann. Die WählerInnen hatten genug

von der Arroganz der SPD-Politiker, die sich nicht für ihre Probleme wie drohende Entlassungen, mangelnde Freizeitangebote oder Wohnungsnot interessierten und stattdessen Prestigebauten errichteten (ICE-Bahnhof, Stadthallen-Hotel...), während sie gleichzeitig soziale Leistungen kürzten.

Die marxistische geführten Kasseler Jusos fordern von der SPD, eine klare Oppositionsrolle einzunehmen statt der Scharping-Linie zu folgen. Der Versuch, durch die Zusammenarbeit mit der CDU auf jeden Fall "in der Verantwortung" (an den Fleischtöpfen kommunaler Posten) zu bleiben, würde den Niedergang der Partei nur beschleunigen.

Es ist an der Zeit, endlich Schluß zu machen mit der Anbiederungspolitik an diejenigen, die klar die Interessen des Kapitals vertreten. Es ist schon schwer genug geworden, einen Unterschied zwischen SPD und CDU festzustellen.

Wir rufen auf, dem Beispiel von Kassel zu folgen und überall und auf jeder Ebene eine Kampagne gegen jegliche Versuche einer Großen Koalition zu führen.

Ingo Neumann, Kassel
Jungsozialist

Hamburg: Warnschuß für Kohl – und die SPD

CDU wird zur Rentnerpartei

Die Bürgerschaftswahl in Hamburg hat zu einer weiteren Schwächung der Bonner Regierungsparteien geführt. Allerdings hat auch die in Hamburg regierende SPD unter Rechtsausleger Voscherau 7,6 Prozent verloren. Gewonnen haben verschiedene "Protestparteien" wie die Grün-Alternative-Liste GAL (13,5), die knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheiterten REP-Faschisten, die DVU und die STATT-Partei des Ex-CDUlers Wegner.

Nur 69,6 Prozent der Hamburger haben gewählt. SPD, CDU und FDP, die 1991 noch 57,7 und 1987 72,6 Prozent bekommen haben, wurden zusammen nur von 47,5 Prozent der Wahlberechtigten gewählt. In einigen Stadtteilen in der Innenstadt ist die GAL stärkste Partei. Bemerkenswert ist, daß die GAL in allen Altersgruppen bis 45 Jahre fast doppelt so stark ist wie die CDU und hinter der SPD stärkste Partei ist. Etwas vereinfacht gesagt kamen also die meisten Stimmen für die CDU von unverbesserten

Rentnern.

STATT-Partei, die neue "Protestpartei", schnitt am besten in den noblen Elbvororten ab, in Arbeiterwohnvierteln kam sie nur auf vier Prozent.

In der Hamburger SPD wird nun diskutiert, wie man weiter an der Regierung bleiben kann. Mit allen im Parlament vertretenen Parteien wird verhandelt, ein Zusammengehen mit der GAL wäre möglich.

Doch Voscherau will eine Zusammenarbeit mit der STATT-Partei.

Will die SPD mit einer Gruppierung koalieren, die von den Bürgern aus den Bonzen-Stadtteilen gewählt wurde? Die Wählerbasis der SPD sind nach wie vor die arbeitenden Menschen. Die GAL ist von der Jugend und der arbeitenden Bevölkerung gewählt worden. Eine Zusammenarbeit dieser beiden Parteien zusammen mit einer Wende hin zu Politik im Interesse der Arbeiter und der Umwelt wäre nötig.

Redaktion

Kampf in der Brick Lane

Nazi-Aktion zerschlagen / Faschisten werden immer dreister

Sonntag, 19. September, Brick Lane, Stadtteil Tower Hamlets in London: Hunderte DemonstrantInnen – Schwarze, Weiße und Asiaten – versammeln sich gegen den wöchentlich stattfindenden Zeitungsverkauf der Faschisten von der British National Party (BNP). Dabei sind 200 JRE-Mitglieder, die seit 7 Uhr morgens die Straße besetzt halten, auf der die BNP ihren Verkauf durchführen will.

Eine Gruppe von Faschisten taucht auf und provoziert die AntifaschistInnen. Von der Polizei geschützt verkaufen sie ihre Zeitung "The Nationalist".

Eine Gruppe von Mitgliedern der Combat-18, dem militärischen Flügel der BNP, wird eine Straßenecke weiter entdeckt. JRE stellt eine Gruppe Ordner zusammen, die sich auf den Weg zur C-18-Einheit macht. Nach einer kurzen Auseinandersetzung ergreifen die Nazis die Flucht. Auf dem Weg zurück zur Demonstration werden die JREler von der Polizei für Faschisten gehalten und können ungehindert zu den Zeitungsverkaufenden BNP-Nazis vordringen und sich um sie kümmern. Auch die letzten Faschisten ergreifen die Flucht. Zum ersten Mal seit langem wurde der BNP-Zeitungsverkauf auseinandergetrieben. Am 26. 9. waren 1000 Antifaschisten da, die Faschos hielten sich in Sicherer Entfernung. Ihr Zeitungsverkauf in der Bricklane soll ab jetzt nicht mehr stattfinden.

Der Hintergrund dieser Aktion sind verschärfte Auseinandersetzungen mit Faschisten auf der Insel. Im April wurde Stephen Lawrence, ein schwarzer Jugendlicher, an einer Bushaltestelle von

einer Gruppe Rassisten überfallen und umgebracht. Dieser Mord fand in der Nähe der Zentrale der BNP statt. JRE macht seitdem eine Kampagne für die Schließung der BNP-Zentrale. Vorläufiger Höhepunkt war die mit 8000 Menschen größte antifaschistische Demonstration seit Ende der 70er Jahre am 8. Mai.

Anstieg rassistischer Übergriffe

Am 9. September wurde dann Quddus Ali, ein asiatischer Jugendlicher, zusam-

YRE

JRE - International

mengeschlagen und lebensgefährlich verletzt. Seine Freunde, die Hilfe holen wollten und einen Polizeiwagen anhielten, wurden von der Polizei festgehalten. Um Quddus Ali kümmerten sich die Polizisten nicht. Dies war der erste Überfall dieser Art, der in einer vorwiegend von Asiaten bewohnten Gegend stattfand. Die Faschisten werden dreister und trauen sich mehr zu.

Eine Mahnwache von asiatischen Jugendlichen, JRE und anderen AntifaschistInnen vor dem Krankenhaus, in dem Quddus Ali behandelt wurde, wurde von der Polizei angegriffen, als ein asia-

tischer Jugendlicher angeblich einen Stein schmeißt. Der Versuch ein Demo zum Polizeirevier zu formieren wurde von der Polizei mit der Einkesselung der DemonstrantInnen beantwortet.

Wahlerfolg der Nazis

Einen Tag darauf überfielen weiße Rassisten in der Brick Lane asiatische Geschäfte und Restaurants. Ein Mitglied von Militant Labour, der britischen Schwesterorganisation von VORAN, wurde angegriffen.

Am 16. Oktober gewann die BNP zum ersten Mal in der Geschichte eine Wahl. Im Londoner Wahlbezirk Isle of Dogs bekam sie 35 Prozent der Stimmen bei Nachwahlen zum Stadtrat und gewann damit den Sitz.

Die asiatische Jugend, die von den rassistischen Überfällen am meisten betroffen ist, organisiert sich. JRE und Militant Labour arbeiten eng mit ihnen zusammen. Am 3. Oktober findet eine gemeinsame Demo von JRE und asiatischen Jugendgruppen statt. Ziel ist, die Faschisten aus Tower Hamlets zu vertreiben.

Das Selbstbewusstsein, was die Faschisten in den letzten Wochen erlangen konnten, muß ihnen schleunigst wieder genommen werden.

Am 16. Oktober findet die zweite nationale Demonstration für die Schließung der BNP-Zentrale statt. An dieser Demonstration wird eine Delegation der deutschen JRE teilnehmen.

Sascha, JRE-Bundesbüro



Abgeschoben zu den Folterern

Doch der Widerstand war nicht vergebens

Am 7. September haben die Bremerhavener Ausländerbehörde und der Magistrat der Stadt den politischen Flüchtling Katshibala Tshindaye nach Zaire abschieben lassen. Ihm drohen dort als Oppositionellen Einkerkung, Folter oder sogar Ermordung durch die Geheimpolizei des Mobuto-Regimes (VORAN berichtete in der September-Ausgabe).

Die von JRE und Jungsozialisten begonnene Kampagne gegen die Abschiebung wurde zu einer breiten Bewegung, unterstützt von Gewerkschaften und Betriebsräten, Menschenrechtsgruppen und den Grünen.

Zwei Abschiebungen fehlgeschlagen

Bei einem ersten Abschiebeversuch haben die Bundesgrenzschutzbeamten, die aus dem Fernsehen über den Fall informiert waren, mitgedacht und darauf verzichtet, die Abschiebung gegen den passiven Widerstand Tshindayes durchzusetzen. Ein zweiter Versuch wurde durch eine spontane Demo von 500 Schülern vor dem Gefängnis verhindert. Auf einen Antrag der JungsozialistInnen hin hat sogar der Bremerhavener SPD-Unterbezirk

einstimmig die Forderung nach Bleiberecht für Tshindaye unterstützt.

Doch die Verwaltung um SPD-Bürgermeister Brandt, einen rechten Hardliner, blieb hart und weigerte sich, ihren Ermessensspielraum auszuschöpfen. Andere Städte wie Freiburg haben bei ähnlichen Fällen nicht abgeschoben. Dazu Brandt: "Ich habe meinen Amteid nicht auf die SPD geleistet."

Wir konnten die Abschiebung nicht verhindern. Aber durch die in diesem Einzelfall geschaffene Öffentlichkeit und durch die erreichte Unterstützung sind die Behörden unter starken Druck gekommen. Daß BGS-Beamte sich mit der Situation der von ihnen Abzuschiebenden auseinandersetzen, passiert nicht täglich. Daß über eine Abschiebung bundesweit berichtet wird, so daß die Honoratioren der Stadt um deren Ruf fürchten, ist ebenso ein Erfolg der Kampagne. Damit ist die Ausgangsposition für die nächsten politisch Verfolgten, die versuchen ihre Rechte durchzusetzen, besser.

Wir hoffen, daß Katshibala Tshindaye noch am Leben ist.

Michael Müller, Bremerhaven, Juso-Vorsitzender

antifa notizen

54 Tote

Das Ausmaß an Morden durch Faschisten ist doppelt so groß wie vom Verfassungsschutz (VS) dargestellt. Die Regierung und staatliche Stellen spielen die Gefahr herunter. Sie behaupten, es hätte in der Zeit vom 3. Oktober 1990 bis Ende 1992 "nur" 21 Todesopfer durch Nazi-Gewalt gegeben. Doch selbst wenn man nur die in Presseberichten erwähnten Opfer zusammenzählt, kommt man auf 40 Todesfälle in diesem Zeitraum. Bis heute ist die Zahl auf 54 gestiegen, beobachtete Buchautor Jürgen Elsässer. Er konnte konkrete Fälle von Mord und Totschlag nennen, über die der Verfassungsschutz einfach schweigt.

NPD-Landesparteitag Hessen

Anwohner und Antifaschisten aus der Region haben den vorzeitigen Abbruch des NPD-Landesparteitages Hessen im Kreis Waldeck-Frankenburg erzwungen. Als die Gerichte über den NPD-Parteitag aufkamen, hatten JREler aus Kassel mit Nachforschungen begonnen. Auch der DGB schaltete sich ein und vereinbarte ein Gespräch mit Landratsamt und Polizei. Diese sagten das Gespräch jedoch mit der Begründung ab, der Parteitag würde "auf keinen Fall im Landkreis" stattfinden.

Erst am Sonntag bekamen die Antifaschisten den Veranstaltungsort heraus. DGB und SPD riefen zur Demonstration auf. Über 100 Menschen konnten mobilisiert werden. Die Angestellten des Lokals weigerten sich, den Faschos Essen und Getränke zu bringen. Der Wirt gab

dem Druck nach und kündigte den Vertrag mit der NPD. Diese drohten mit Konventionalstrafe und Rechtsanwalt. Schließlich mußten die ca. 50 Faschisten, "alte Kameraden" und wenige Jungbraune, in ihre Löcher zurückkriechen.

Selbst wenn die Verhinderung nicht von Beginn an klappt: Ein Lokalbesitzer, der von allen Seiten unter Druck kommt, wird es sich zweimal überlegen, ob er wieder Räume an Faschisten vermietet.

CDU "gegen Extremismus"

Mit scharfen Worten, wie es die Medien nennen, hat sich der Parteitag der CDU gegen den "Extremismus" gewandt. In einem Antrag wird die scharfsinnige Analyse gemacht, daß die "von Rechtsextremisten verübte Gewalt (...)" nicht weniger ein Anschlag auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung (ist) als linksextremistischer Terror."

Gleichzeitig üben führende CDUler mal wieder Vergangenheitsbewältigung. Kohls Beauftragter zum Bundespräsidenten, Heitmann, will die Thema Ausländer und Nazi-Vergangenheit "enttabuisieren". Im Klartext: er will sagen dürfen, was sowieso jeder ungestraft darf, daß wir die Nazi-Zeit nicht erwähnen sollen und daß hier zu viele Ausländer leben. Der neue nationale Einpeitscher Schäuble stellte fest, "Unser Vaterland könnte sehr viel mehr Patriotismus brauchen." Für die CDU dient der Extremismus-Begriff lediglich dazu, die Zusammenhänge zwischen ihrem Nadelstreifen-Rassismus und den Stiefel-Faschisten zu verwischen.



Demonstration in London gegen die faschistische BNP

Täglich gegen die braune Pest

Marzahn: Die Demo war erst der Anfang

Im Berliner Stadtbezirk Marzahn mit 200 000 EinwohnerInnen gibt es viele Rechte unter den Kids und zunehmende Gewalt gegenüber AusländerInnen und Linken. Es mußte etwas geschehen.

JRE plante eine berlinweite Demo am Jahrestag der Pogrome von Rostock, zumal die Stadtteile Rostock-Lichtenhagen und Marzahn mit ihren "Arbeiterschließfächern" (Plattenbauten) zum Verwechseln ähnlich aussehen. Auch die sozialen Probleme, wie Arbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel und fehlende Freizeiteinrichtungen und -möglichkeiten für Jugendliche sind akut.

Breite Unterstützung

Für die Demo konnten wir 15 unterstützende Organisationen gewinnen, zum Beispiel das Antifaplenum Friedrichshain, die ÖTV-Jugend Berlin, die IG Metall Berlin und die HBV-Jugend Berlin sowie die Tageszeitung "Junge Welt" und den ASTA der Technischen Uni.

In der Woche vor der Demo bekamen wir Drohanrufe von Nazis. Außerdem wurden unsere Plakate in Marzahn mit dem Aufruf "21. 8. 14 Uhr Anti-Antifa-Demo Bahnhof Marzahn" übersprüht. Daraufhin machten wir mit Presseerklärungen die Medien aufmerksam und wiesen darauf hin, wie wichtig ein zahlreiches Erscheinen der BürgerInnen ist. Be-

sonderes Gewicht legten wir auf den sicheren Ablauf der Demo und damit auf den Aufbau einer funktionierenden Ordnergruppe und Saniergruppe. Dies ist nicht nur eine organisatorische Frage, sondern auch eine politische. Eine Auflösung der Demo durch Ausschreitungen als Reaktion auf Provokationen der Polizei oder der Nazis wäre ein Mißerfolg für die Antifa-Bewegung in Berlin gewesen. Zudem demonstrierten wir an diesem Tag nicht für uns selber, sondern für die Marzahner Bürger, um unsere politischen Inhalte der Bevölkerung rüberzubringen.

Einen nicht geplanten Zwischenstopp legte die Demo vor einem Hochhaus ein. Von diesem warfen vier Faschos volle Flaschen und Knallkörper in den Demozug. Auf der Abschlußkundgebung machte eine Rednerin von JRE deutlich, daß dies der Anfang einer langen Kampagne gegen die Nazis nicht nur in Marzahn sei.

Erst der Anfang

War diese Demo ein Erfolg? Zahlenmäßig sicher, über 2000 Leute marschierten mit uns. Aber haben wir die normalen BürgerInnen erreicht? Zumindest die Jugend: 70 Leute kamen zum ersten Marzahner JRE-Treffen nach der Demonstration. Viele Fragen wurden auf

diesem Treffen gestellt. Unter anderem: ■ Wie können wir verhindern, daß Faschos uns auf dem Schulhof täglich zusammenschlagen?

■ Wie können wir Marzahn für die Jugendlichen attraktiver machen?

(derzeitiges Motto: Wenn es irgendwie geht, bloß weg aus Marzahn!)

Für einen Tag konnten wir das Kräfteverhältnis in Marzahn für uns umkehren. Die Nazis trauten sich nicht, bis auf einzelne Provokationen, die Demo anzugreifen. Wir waren in einem Stadtbezirk präsent, wo die braune Pest täglich die BürgerInnen terrorisiert. Die Parteien bieten ihnen keine Antworten auf die Probleme. Deshalb sind wir in die Pflicht genommen. Wir müssen den BürgerInnen und Jugendlichen Antworten bieten. Frustrierte Leute können leicht von den Faschos für ihre faschistischen Ideen gewonnen werden. Deshalb ist es unsere verdammte Pflicht, die Faschos zurückzudrängen und gegen die derzeitige Politik der Regierung, die den Rassismus in Deutschland gedeihen läßt, vorzugehen.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten von JRE Berlin und besonders der Marzahner Gruppe liegt jetzt auf der Arbeit an Schulen. Wir werden zusammen mit den SchülerInnen gegen die Faschos vorgehen, indem wir Selbstschutzkomitees aufbauen und Telefonketten entwickeln. JRE Berlin

Polizei schützt Nazis vor JRE

NPD-Parteitag fand statt / Kampagne von JRE und Anwohnerproteste erzwingen vorzeitigem Abbruch

Im Juni führte eine Kampagne von JRE und anderen AntifaschistInnen zum Verbot des NPD-Bundesparteitages durch das bayrische Innenministerium. Diesmal wollte die NPD auf Nummer sicher gehen. Unter absoluter Geheimhaltung bereitete sie ihren Bundesparteitag für den 18. September vor. Falsche Fährten

die Wahllisten zur Europawahl nicht aufgestellt werden und notwendige Erhöhungen der Mitgliedsbeiträge nicht beschlossen werden können.

Das Ziel, diesen Parteitag zu verhindern wurde nicht erreicht. Grund dafür ist die Geheimhaltungsstrategie der Rechten und die offensichtliche Deckung

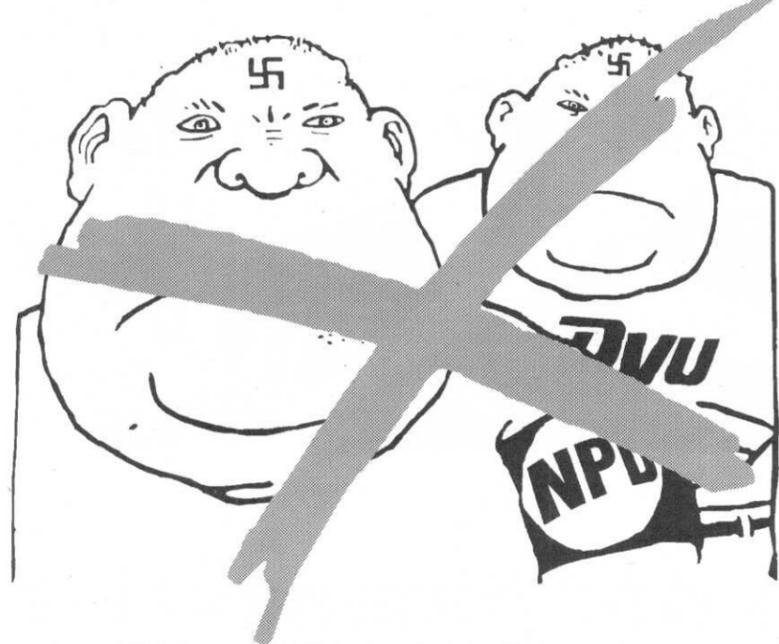
der Aktion deutlich gemacht, daß nicht AntifaschistInnen für Chaos und Auseinandersetzungen sorgen, sondern die Verantwortung dafür bei den Regierenden liegt, die solche Parteitage zulassen und bei den Einsatzleitungen, die dann in Demonstrationen reinknüppeln lassen. Die Bürgerinnen und Bürger Copenbrüggens waren entsetzt über das Vorgehen der Polizei und drückten am Abend und auch im Nachhinein ihre Solidarität mit JRE aus. Allen Beteiligten wurde anschaulich vorgeführt, was Demokratie in Deutschland heißt: ein ganzes Dorf wendet sich gegen die Nazis, will daß diese verschwinden und die Polizei sorgt für die Durchführung des Parteitages und knüppelt die AntifaschistInnen nieder.

Einmal mehr haben die deutschen Staatsorgane unter Beweis gestellt, wer in ihren Augen Staatsfeind Nummer 1 ist: AntifaschistInnen, linke GewerkschafterInnen, SozialistInnen. Die Nazis sind nicht mehr als die "unartigen Kinder", die zwar schon mal, wie das mit unartigen Kindern so ist, bestraft werden, die aber letztlich doch zur Familie gehören.

JRE aufbauen!

Und noch etwas wurde am 18. September deutlich. Die Notwendigkeit, JRE als bundesweit handlungsfähige antirassistische Jugendorganisation weiter aufzubauen. Keine andere Organisation hätte eine solche "Tour d'Antifa" organisieren können. Und keine andere Organisation wäre in der Lage gewesen, sowohl in Fulda als auch in Copenbrügge ein spontanes einheitliches Vorgehen mit den EinwohnerInnen des jeweiligen Ortes zu erreichen.

Die Autonomen mobilisieren kaum



wurden nach Thüringen gelegt. Weder in Thüringen noch in Niedersachsen machten die Innenministerien Anstalten, den Parteitag zu verbieten. In Thüringen hatte der DGB, die SPD und auch die PDS versucht, dies zu erreichen. Die niedersächsischen Behörden, die zweifelsfrei Informationen über den geplanten Parteitag hatten, hielten diese genauso geheim wie die NPD selber.

Alte Kameraden und junge Terroristen

Die NPD ist die älteste faschistische Organisation in der Bundesrepublik. Schon Ende der 60er Jahre konnte sie, als Reaktion auf Wirtschaftskrise und Große Koalition, in viele Länderparlamente einziehen. Heute hat sie 5000 Mitglieder, mit fallender Tendenz. Den Rang der rechtsextremen Wahlpartei mußte sie an DVU und Republikaner abtreten. Das macht sie aber umso gefährlicher. Denn heute stellt die NPD eine Schnittstelle zwischen den Schlips-und-Kragen-Faschisten und der terroristischen Nazi-Szene dar. Die Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten" (JN) war am Nazi-Aufmarsch in Fulda beteiligt. NPD-Mitglieder waren an rassistischen Überfällen beteiligt.

Mitglieder aus den verbotenen Organisationen Deutsche Alternative (DA), Nationalistische Front (NF) und Nationale Offensive (NO) traten nach Ausspruch der Verbote in die NPD ein, um dort mit ihrem Terror weiterzumachen.

Der NPD-Vorsitzende Günther Deckert sagte zum Thema Terror von rechts: "Wenn es den rechten Terror geben würde, wäre vieles einfacher. Wenn so ein Bürgermeister mal ein's auf die Fresse kriegen würde, würde er sich überlegen, unsere Parteitage zu verbieten".

NPD in Finanzkrise

Gleichzeitig befindet sich die NPD aber auch in einer tiefen Krise. Die Konkurrenz auf der Rechten ist groß, Reps und DVU haben sich auf parlamentarischer Ebene durchgesetzt. Die Mitgliedszahlen der NPD sinken. Die Partei steckt in einer Finanzkrise, weil der Bund auf Schuldentrückzahlungen besteht.

Deshalb hätte eine Verhinderung des NPD-Bundesparteitages einen wirklichen Schlag für die Partei bedeutet. Sie hätte damit gegen das Parteiengesetz verstoßen und ihr Parteienstatus wäre grundsätzlich angreifbar gewesen. Ohne die Durchführung des Parteitages hätten

durch den Staatsapparat.

Hätten wir am Morgen des 18. 9. gewußt, wo die NPD sich treffen wollte, hätte der Parteitag nicht stattgefunden.

JRE-Mitglieder haben die Verfolgung von NPD-Delegierten aufgenommen, aber da wir in Verfolgungen nicht geübt sind, konnten uns die NPDler entkommen.

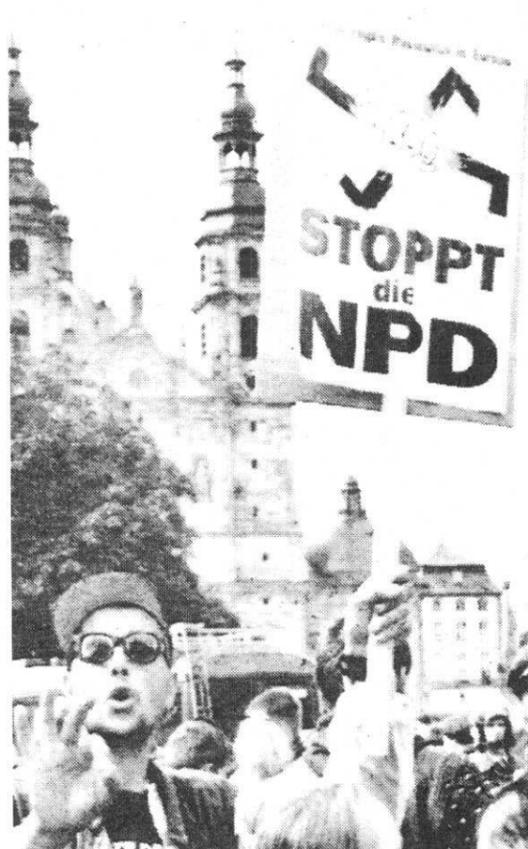
Erfolg für Antifaschisten

Trotzdem war der 18. September für JRE und für die antifaschistische Bewegung erfolgreich. Die JRE-Demonstration in Fulda gegen die willkürlichen Verhaftungen von Antifaschisten war ein voller Erfolg. Über 1000 Leute nahmen spontan teil, die große Mehrheit davon Jugendliche und BürgerInnen Fuldas.

Diese Demonstration, die auf jede der zahlreichen Polizeiprovokationen mit politischen Stellungnahmen und disziplinierten Reaktionen der OrdnerInnen antwortete, machte den BürgerInnen Fuldas deutlich, was an diesem Tag in ihrer Stadt vorging. Die Heuchelei von Polizei und Politikern, die sich auf der offiziellen Kundgebung großspurig antifaschistisch gaben und gleichzeitig AntifaschistInnen am Rande der Demonstration schikanierten, wurde deutlich. Es wurde klar, daß der Widerstand gegen Rechts nur von unten durch die antifaschistische und Arbeiterbewegung organisiert werden kann und daß wir uns dabei nicht auf Polizei, Justiz und Regierungen verlassen dürfen.

Klare Verantwortlichkeiten

Das Eingreifen von JRE bei den Protesten gegen den NPD-Parteitag in Copenbrügge funktionierte gut. Auch hier haben wir durch unsere politischen Stellungnahmen und durch die Organisie-



Er konnte noch in Ruhe demonstrieren, kurz darauf wurde die Polizei in Fulda unruhig

über ihre eigene Szene hinaus. Mit ihrem Auftreten schaffen sie es nicht mehr Menschen in den Kampf miteinzubeziehen. Doch genau das ist nötig: Entschlossener Kampf, kombiniert mit breiter Aufklärung und Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung.

Das bundesweite Netz von örtlichen JRE-Gruppen weist noch einige Lücken auf. Diese gilt es in den nächsten Wochen und Monaten zu stopfen.

Sascha, JRE-Bundesbüro



Polizeieinsatz gegen Demo in Copenbrügge

Tour d'Antifa

Die Aktionen zur Verhinderung des NPD-Parteitages wurden zu einem 30stündigen Marathon durch drei Bundesländer. Nach unseren Informationen sollte der Parteitag im Raum Erfurt (Thüringen) stattfinden. Zusammen mit örtlichen Gewerkschaftern und Antifaschisten mobilisierten wir zu einer Kundgebung in der Erfurter Innenstadt.

Erfurt, 2-9 Uhr

Nach nächtlicher Anreise erreichen JRElerInnen aus dem ganzen Bundesgebiet Erfurt. Um 7 Uhr beginnt die Kundgebung mit ca. 350 TeilnehmerInnen. Den Spähern, die einen NPD-Treffpunkt beobachten, gelingt es nicht festzustellen, wohin diese fahren. Inzwischen gibt es Hinweise, daß die NPD in Niedersachsen tagt. Wir lösen die Kundgebung auf, verlassen Erfurt und fahren gen Westen.

Herleshausen, 10 Uhr

Die Antifa-Rallye trifft sich auf der Raststätte in der Nähe Eisenachs. Noch ist nicht raus, wo sich die NPD trifft. Wir diskutieren und entscheiden, uns an der Demo im hessischen Fulda gegen den angekündigten Aufmarsch der "Jungen Nationaldemokraten" zu beteiligen. Um 11 Uhr erfahren wir aus dem Radio, daß die NPD in Copenbrügge bei Hameln tagt. Da wir nicht im Konvoi fahren, ist es unmöglich direkt dorthin zu fahren. Wir fahren weiter nach Fulda.

Fulda, 12-15 Uhr

Die Polizei kontrolliert die Einfahrten in die Stadt. Unsere Autos werden gezielt rausgegriffen und durchsucht. Die Polizei beschlagnahmt Transparenze und Schilder. Wir gehen davon aus, daß die Thüringer Polizei den hessischen "Kollegen" unsere Kfz-Nummern mitgeteilt hat.

In Fulda angekommen gehen die Durchsuchungen weiter. Einigen wird der Zugang zum Kundgebungsplatz verweigert. Drei JREler aus Bremerhaven werden aus dem Auto heraus verhaftet – angeblich stehen sie auf der Fahndungsliste.

Währenddessen geht die Kundgebung auf dem Fuldaer Domplatz mit 3000 Teilnehmern zu Ende. JRElerInnen berichten über Megaphon, was an den Einfallstraßen zur Stadt vorgeht. Die Polizei reagiert aggressiv auf die Anwesenheit von JRE. Direkt vor dem Domplatz wird ein Erfurter Jugendlicher verhaftet. Wir organisieren spontan eine Demonstration für die Freilassung der Festgenommenen. Über 1000 Leute nehmen teil, zum größten Teil Jugendliche und BürgerInnen aus Fulda.

Die Demo ist laut, kämpferisch und diszipliniert. Begleitet werden wir von Polizeiketten vor, neben und hinter der Demo. Hinter dem Demonstrationszug fährt ein Wasserwerfer auf. Die Polizei filmt die DemonstrantInnen

ununterbrochen.

Die Einsatzleitung erklärt, alle Festgenommenen seien freigelassen worden. Wir begeben uns mit dem Demozug zum Domplatz. Dort verwehrt uns die Polizei den Zugang zum Platz, um doch noch eine Auseinandersetzung zu provozieren. Wir gehen darauf nicht ein und beenden unsere Demonstration.

Später stellt sich heraus, daß einer der Festgenommenen doch noch nicht freigelassen worden war. Einige Erfurter bleiben in Fulda, um sich um ihn zu kümmern.

JRE ruft dazu auf, zum NPD-Parteitag nach Copenbrügge zu fahren.

Copenbrügge, 19-22 Uhr

Unsere Autos kommen an. Wieder Polizeikontrollen, wieder Beschlagnahmungen, Hubschrauber setzen BGS Einheiten ab. Vor dem Hotel Uhe, in dem die NPD tagt, halten sich mehrere hundert Menschen auf – angereiste Antifas und Leute aus Copenbrügge.

Die Einwohner hatten schnell reagiert und NPD-Nachzügler den Zutritt verweigert. Die Leute sind stinksauer, daß die Nazis in ihrem Ort tagen. Als JRE abends ankommt, ist die Stimmung schon etwas runter – das ändert sich, als wir mit politischen Reden und Parolen Stimmung machen. Eine Blockade ist zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht mehr sinnvoll, schließlich sollen die Nazis nicht in Copenbrügge überwintern, sondern sich verdrücken. Daher bilden wir vor dem Eingang eine Gasse und fordern die Polizei auf, für den Abgang der Nazis zu sorgen.

Die Polizei geht nur zum Schein darauf ein. Um ca. 22 Uhr fordert die Einsatzleitung uns auf, den Platz zu räumen. Wir bleiben stehen, die Polizei geht massiv gegen uns vor. Wir werden weggedrängt und geschlagen. Polizeibeamte schlagen gezielt auf Köpfe oder in den Unterleib. Sieben DemonstrantInnen werden verletzt. Ein JREler kommt mit einer Platzwunde am Kopf ins Krankenhaus. Die Copenbrügger, die den Einsatz mitbekommen haben, sind entsetzt.

Als uns die Polizei weit genug vom Eingang des Hotels weggedrängt hat, kommen die NPD-Delegierten heraus. Sie rennen wie die Kaninchen. Trotz der Einkesselung durch die Polizei ist die Stimmung gut: Die Internationale wird angestimmt und die Polizisten gucken blöd. Nachdem die NPD weg ist, wird der Kessel aufgelöst. Wir sammeln uns und organisieren die Rückfahrt.

Bundesautobahnen, nachts

Jetzt beginnt der gefährlichste Teil des ganzen Tages – die Rückfahrt. Völlig übermüdete JRElerInnen setzen sich ans Steuer und kommen wunder-samerweise gesund zu Hause an.

Timm, JRE Köln

Pleitegeier über deutschen Städten

In allen Städten und Gemeinden das gleiche Bild: in Kindertagesstätten, Schulen, bei Sportstätten, Büchereien, der Sozialhilfe und Hilfen für kranke Menschen wird gekürzt. Viele soziale Dienste werden gestrichen. Gebühren, sei es für Müll, Abwasser oder Volkshochschulen, sollen steigen. Nordrhein-Westfalens Innenminister Schnoor sagt, die Kommunen stünden "vor der größten finanziellen Herausforderung in der Geschichte der Bundesrepublik". Die Finanzkrise des Staates wird über Länder und Gemeinden nach unten abgewälzt. Die Kommunen sind Kohls Erfüllungsgehilfen beim sozialen Kahlschlag.

Stuttgart

Der mittlere Neckarraum erlebt den größten Rückgang der Industrieproduktion seit 10 Jahren. Der soziale Kahlschlag, den die CDU-Gemeinderatsmehrheit 1992 durchgesetzt hat, war erst der Anfang. Merkwürdigerweise haben trotz der Verschlechterung der Finanzsituation die Ausgaben für Prestigeobjekte enorme Ausmaße angenommen.

In der Logik der konservativen Gemeinderatsmehrheit paßt dies gut zusammen: "Der Wirtschaftsstandort Stuttgart ist in Gefahr" tönt es. Übersetzt heißt dies, daß alle Anstrengungen unternommen werden müssen, möglichst viele Bonzen und Bosse nach Stuttgart zu locken. 1991 wurde die geplante Überdachung des Neckarstadions (heute Gottlieb-Daimler Stadions – für diese Umbenennung hat Daimler kurzerhand 10 Mio. DM hingeblättert) aus finanziellen Gründen immer unwahrscheinlicher, weil Bund und Land keinen Zuschuß zahlen wollten. Als die Leichtathletik-WM näher rückte, lagen plötzlich 53 Mio. DM zum Bau des Stadionsdaches auf dem Tisch. Bei der WM machte die Stadt zwischen 13-22 Mio. Verlust. Gleichzeitig wurde die Internationale Gartenausstellung IGA für 140 Mio aus dem Boden gestampft.

Jetzt sollen die ArbeitnehmerInnen zahlen. 269 Mio. DM sollen im Zeitraum von einem Jahr gestrichen oder durch Mehreinnahmen gedeckt werden. 947

städtische Arbeitsplätze sollen abgebaut werden. Das heißt: teilweise Schließung von Kindergärten und Hallenbädern, kürzere Sprechzeiten beim Sozialamt. Dazu kommen Gebührenerhöhungen. 45 Prozent beim Müll, 14 Prozent beim Abwasser. Städtische Einrichtungen wie die Stuttgarter Straßenbahnen werden geringer bezuschußt, was "Leistungseinschränkungen", zum Beispiel längere Taktzeiten, zur Folge hat.

Trotz dieser Kürzungen plant die Stadt eine sogenannte "Kulturmeile". Dafür sollen Wohnungen in der Neckarstraße plattgemacht werden, obwohl derzeit 26 000 Wohnungen fehlen. Auf dieser "Kulturmeile" soll dann unter anderem ein exklusives Spielcasino stehen.

Das Hauptargument der konservativen Gemeinderatsmehrheit sind die immer geringer werdenden Gewerbesteuererinnahmen. Diese zu erhöhen wäre Wahnsinn, weil der "Wirtschaftsstandort Stuttgart" ohnehin schon in Gefahr sei. Doch Daimler Benz als Hauptsteuerzahler in Stuttgart hat seine Gewerbesteuer selbst heruntersetzt, indem der Konzern AEG in Sindelfingen aufkaufte. Die Gewerbesteuer von Daimler wird seither mit dem Defizit von AEG verrechnet. Daimler spart dadurch Millionen. Wer zahlt?

Ralf Schumann, Juso-Kreisvorstand
Gregor Finkbeiner, JRE-Mitglied

Köln

Mitten im Sommer entdeckte der Kölner Stadtkämmerer ein Finanzloch von 260 Millionen DM (5 Prozent des Gesamtetats) und verordnete pauschale Streichungen vor allem im Sozial- und Jugendbereich.

Betroffen sind 277 Altenclubs, 167 Beratungsstellen, 13 offene Jugendeinrichtungen, 9 Ausländerzentren und sechs Bürgerzentren. Viele Einrichtungen stehen jetzt vor dem Aus, weil ihnen Geld weggenommen wird, das für den Rest des Jahres verplant war für Mieten, Personalkosten etc. So haben z. B. die Frauenhäuser ab sofort Aufnahmestopp. Frauen, die vor Mißhandlung und Vergewaltigung durch ihre Partner fliehen, müssen abgewiesen werden. Das ist die "Realpolitik" der Kölner SPD-Ratsfraktion.

Die SPD-Führung greift zu Recht die Bonner Kürzungspolitik an und schiebt ihr die Verantwortung für die Finanzkrise in Köln zu. Aber sie buckelt nach oben

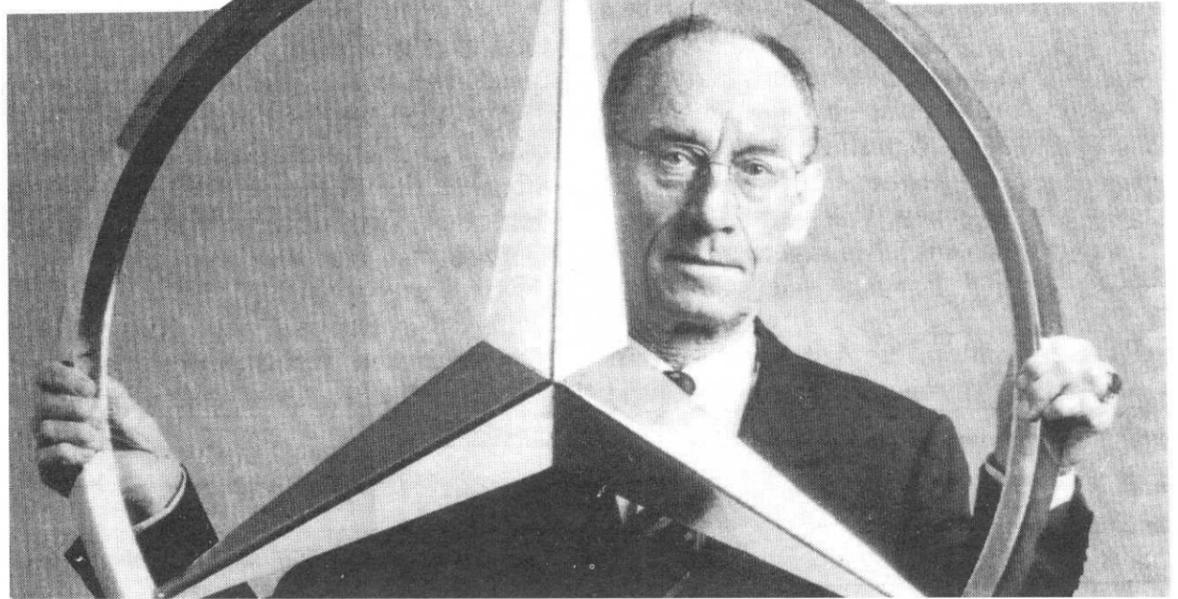
und tritt nach unten.

Auf der anderen Seite ist die SPD-Ratsfraktion voll drin im "Bürgermeisterwettbewerb", bei dem die großen Kommunen um die Gunst der Unternehmer buhlen und dafür bereit sind, großzügige Vorleistungen zu machen: In Köln z. B. durch die Deckung des 30-Millionen-Defizits für den leerstehenden "Media-Park", eine Betonwüste für die Ansiedlung von Medien- und Hochtechnologieunternehmen.

Ihr Argument gegen eine Erhöhung der Gewerbesteuer für die Unternehmer als Alternative zu Kürzungen im Sozialbereich: "Wir wollen ja nicht die bestrafen, die das Geld bringen sollen" (Stadtkämmerer Gleitze, SPD). Statt das Geld bei denen zu holen, die es dicke haben, werden also die bestraft, denen es eh schon dreckig geht!

Ulf Petersen,
Jungsozialist

Stoppt die Di



So wie Daimler-Benz die Geschicke Stuttgarts bestimmt, werden auch anderen Kommunen schwierige Entscheidungen freundlicherweise von den Konzernherren abgenommen

Ursachen der Finanzkrise

Artikel 28 Abs. 2 Grundgesetz gewährt in Verbindung mit Artikeln der Landesverfassungen den Gemeinden das Recht der Selbstverwaltung.

Danach haben sie das Recht, "alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln". Die herrschende Meinung definiert die Gemeinden jedoch als Zwittergebilde, deren Rat zwar einerseits wie die Verfassungsorgane Bund und Länder durch Wahlen demokratisch legitimiert ist, andererseits jedoch überwiegend Auftragsverwaltung ausführt. Etwa 3/4 der Aufgaben der Gemeinde bestehen aus Pflichtaufgaben und Auftragsangelegenheiten, Bundes- und Landesgesetze werden ausgeführt. Die Kommunen haben in der Praxis nur wenig politischen Spielraum und können nur Art und Umfang der Aufgabenerfüllung beeinflussen.

Dennoch werden den Gemeinden die Kosten z. B. für Sozialhilfe oder demnächst den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz (sogenannte Leistungsgesetze) aufgebürdet. Allein seit 1982 haben sich die Sozialhilfekosten für die Kommunen mehr als verdoppelt.

Obwohl die ausreichende finanzielle Versorgung der Gemeinden durch das Urteil des Verfassungsgerichtshofes Rheinland-Pfalz vom 5. 12. 1977 als Grundlage des Selbstverwaltungsrechts angesehen wird, sieht die Wirklichkeit anders aus. Den Gemeinden nützt ihre Finanzhoheit wenig, wenn eh nichts mehr zu verteilen ist.

Krise des Kapitalismus

Die Gemeinden bestreiten ihre Einnahmen hauptsächlich aus den Quellen Grundsteuer, Gewerbesteuer, Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer, Zuweisungen des Landes und städtischen Gebühren, Abgaben und Beiträgen.

Die Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems verschlechtert die Situation der Gemeinden und damit die soziale Situation der Mehrheit der Bevölkerung. Die nachlassende Konjunktur, die sich 1992/93 zur schwersten Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik entwickelt, schlägt nach Schätzungen des nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindebundes voll auf das kommunale Steueraufkommen durch. Wachsen die Steuereinnahmen der Gemeinden im alten Bundesgebiet 1991 netto um 8,4 Prozent, 1992 voraus-

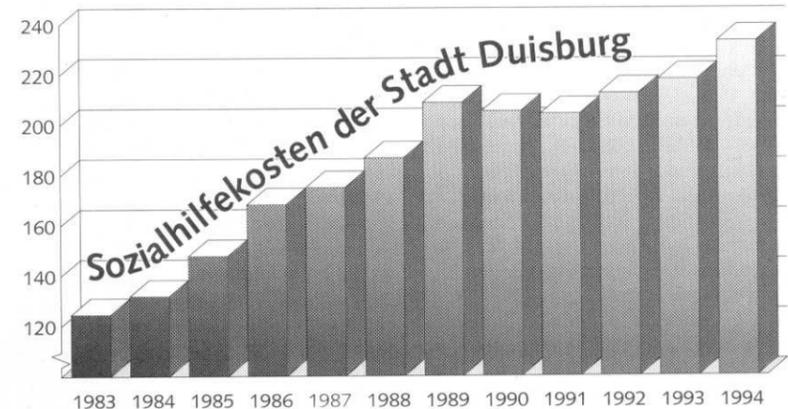
sichtlich um 7,0 Prozent, werden es 1993 wohl nur noch 3,6 Prozent sein. Der Städte- und Gemeindebund schlußfolgert: "Es ist nicht erkennbar, wie die kommunale Haushaltswirtschaft den veränderten konjunkturellen Rahmenbedingungen begegnen will".

Während so einerseits Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer die Einnahmen dramatisch sinken lassen, kommen auf der Ausgabenseite erhöhte Sozialausgaben auf die Gemeinden zu.

Getreu der Praxis "Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren", werden den Kommunen die weniger schönen

Finanzierungsmöglichkeiten

Stattdessen müssen die Einnahmen der Kommunen drastisch erhöht werden. Eine Erhöhung z. B. von Müll- und anderen Gebühren würde jedoch nur wieder von der arbeitenden Bevölkerung bezahlt werden. Die zusätzlichen Finanzen müssen von den Unternehmern bezahlt, die Unternehmenssteuern heraufgesetzt werden. Die Gemeinden haben die Möglichkeit, gemäß 16 I Gewerbesteuergesetz den Hebesatz anzuheben und so direkt Profite und Eigentum der örtlichen Unternehmen in die öffentliche Hand



Die Kosten der kapitalistischen Krise werden auf die Städte und Gemeinden abgewälzt. Die Kosten für den von der Bundesregierung verschuldeten Anstieg der Sozialhilfe tragen die Kommunen allein. Das Beispiel Duisburg zeigt, wie die Sozialhilfe zu einem der Hauptprobleme wird.

Seiten des Kapitalismus wie Arbeitslosigkeit, Ghettoisierung einzelner Stadtteile, steigende Sozialhilfekosten und versuchte Industriegebiete zugemutet. Das Kapital spielt die verschiedenen Kommunen stärker bei der Standortwahl ("Bürgermeisterwettbewerb") gegeneinander aus und ergaunert sich deren Subventionen, Starthilfen und Befreiungen von der Gewerbesteuer Extra-Profite.

Die Begrenzung der Arbeitslosenhilfe-Bezugsdauer auf zwei Jahre, die Streichung der Arbeitslosenhilfe für Berufsanfänger und die Kürzungen bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) verschärfen die finanziellen Probleme der Gemeinden.

Da der Bund die die Finanzausstattung der Kommunen nicht freiwillig verbessern wird, wären diese gezwungen als Alternative zum Leistungsabbau eine noch höhere Verschuldung einzugehen. Doch dies ist eine Schein-Alternative.

umzuverteilen.

Eine massive Erhöhung der Gewerbesteuer muß jedoch, um erfolgreich zu sein, von mehreren Städten vorgenommen werden.

Ein weiterer Ansatz ist, Finanzen direkt von der Bundesregierung einzufordern. Kommunen könnten verlangen, daß ihnen die Kosten für die Leistungsgesetze wie Sozialhilfe vom Bund ersetzt werden.

Der Kapitalismus läßt der öffentlichen Hand, hier insbesondere den Gemeinden, keinen Spielraum für sozialdemokratische Reformpolitik, für die Finanzierung von Reformen, ohne daß dies das Kapital schmerzt. Wir sind an einem Punkt angelangt, wo für das Erreichen auch kleiner Fortschritte für die arbeitenden Menschen ein entschlossener Kampf gegen das Kapital – eine sozialistische Politik – notwendig ist.

Jendrik Scholz, Jungsozialist, Köln

be aus Bonn!

Der Widerstand gegen die Streichung jeder einzelnen Maßnahme im Sozial- oder Kulturbereich ist berechtigt – sagen auch die Politiker, die die Kürzungen zu verantworten haben. Vor allem, wenn sie der SPD oder den GRÜNEN angehören. Sie könnten nur nicht anders, die Stadt hätte kein Geld. Außerdem würde man nicht nach dem "Rasenmäherprinzip", sondern "sozialverträglich" kürzen. Auch viele Betroffene fordern "soziale Ausgewogenheit". Doch angesichts der Tiefe der kommunalen Finanzkrise ist das nicht möglich. "Kürzt nicht bei unserem Projekt, nicht in unserem Stadtteil" – wenn sich der Widerstand darauf beschränkt, wird das dazu führen, daß verschiedene Bereiche gegeneinander ausgepielt werden. Was ist im Notfall wichtiger? Kindergärten oder Nachmittagsunterricht an Schulen? Schwimmbäder oder Büchereien?

Was möglich wäre ...

Der Rat der Stadt X hat genug davon die staatliche Finanzkrise auf dem Rücken der Armen und Schwachen auszutragen. Die Stadtregierung beginnt, die Lasten umzuverteilen. Als erstes wird die geplante Mehrzweckhalle zu den Akten gelegt, die gesparten Millionen fließen in den Ausbau der Kindergärten. Die Entrüstung des regionalen Käseblattes, der örtlichen Unternehmer und der Provinz-Schickeria, so würde man keine Investoren in die Stadt bekommen, beantwortet die Stadtregierung mit einer Aufklärungskampagne.

Dann stoppt die Stadt den Straßenausbau zur neuen Gewerbefläche am Stadtrand. Bisher hatte die Kommune dort wie jede im Land im vorausseilenden Gehorsam ein Feuchtbiotop dichtgeschüttet und viele Millionen investiert, in der wahnwitzigen Hoffnung, dort würden sich eines schönen Tages High-Tech-Unternehmen ansiedeln. Mit den gewonnenen Geldern werden Neueinstellungen im Schulbereich vorgenommen.

Nicht mehr zurück!

Doch diese Umverteilungen im Haushalt reichen nicht aus, die Finanzkrise verschärft sich. Die Absatzkrise des größten Industriebetriebes läßt die Steuereinnahmen sinken, immer mehr junge Menschen brauchen Sozialhilfe, weil ihr Anspruch auf Arbeitslosengeld erschöpft ist.

Um die Zinsen-Dienste an die Banken zahlen zu können, muß die Stadt entweder das Drogenhilfe-Projekt, das Schwimmbad Süd und die Neueinstellungen im Altenheim fallen lassen – oder neue Geldquellen auftun.

Als der Rat beschließt, die Projekte durchzuziehen und die Gewerbesteuer massiv zu erhöhen, toben die örtlichen Kapitalisten. Eine Kapitalflucht in andere Regionen wird angedroht. Auch das Regionalfernsehen und bundesweite Medien schalten sich ein und hämmern der Bevölkerung ein, solch eine Politik gegen die Reichen wäre unverantwortlich. Der Rat weiß, das dies keine leeren Drohungen sind. Unternehmen werden die Stadt ausbluten lassen, wenn andere Gemeinden nicht mitziehen und ebenso die Gewerbesteuer erhöhen. Eine Stadt alleine kann die Umverteilung zugunsten des Kapitals nicht rückgängig machen.

Massenmobilisierung

Der Rat versucht, den Kampf um mehr kommunale Finanzen bundesweit zum Thema zu machen und die Bevölkerung, vor allem die organisierte Arbeiterbewegung, zu mobilisieren. Ein umfassendes Reformprogramm, das neue Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst, ein Wohnungsbauprogramm und den Ausbau des öffentlichen Verkehrs vorsieht, wird be-

schlossen. Das Geld dafür soll daher kommen, wo es in den letzten Jahren verschwunden ist: von der Bundesregierung und damit aus den Taschen der Großkonzerne. Den Menschen wird erklärt, daß die Reformen nicht wie Ge-

Wenn Kommunalpolitik nicht als Verwaltung des Übels, sondern als sozialer Kampf betrieben wird, können wirkliche Verbesserungen durchgesetzt werden

schenke verteilt werden, sondern daß die arbeitende Bevölkerung der Stadt diese erkämpfen muß.

Die Abgeordneten der regierenden Partei verzichten auf die Bedienung aus den Fleischtopfen. Sie arbeiten als Vertreter der arbeitenden Bevölkerung und verdienen nicht mehr Geld als ein durchschnittlicher Facharbeiter. Dieses ungewohnte Vorgehen von Politikern sorgt für Aufsehen.

Die Reformpläne werden mit den Gewerkschaften, mit Mieter-, Jugend- und Elterninitiativen besprochen. Die Ratsvertreter gehen auf die Straße, in die Betriebe und erklären ihr Programm. Die Presse geht dazu über, Gerüchte über Korruption und wilde Affären in Umlauf zu bringen. Doch vergebens. Die Bevölkerung steht hinter der Politik der Stadt.

Innerhalb eines halben Jahres werden Tausende neue Wohnungen fertiggestellt. Im Bereich der Schul- und Sozialämter werden Hunderte Arbeitsplätze geschaffen. Die Rechnung dafür wird der Regierung vorgelegt: Die Stadt fordert X Millionen zusätzliche Bundesmittel, um die Reformen zu finanzieren. Sie fordert andere Kommunen auf, ihrerseits die notwendigen ersten Reformen zu berechnen und die Bundesregierung mit Geldforderungen zu konfrontieren.

Etappensieg

Die Stadt geht auf die Pleite zu. Die Bundes- und Landesregierungen drohen, die kommunale Selbstverwaltung einzuschränken, drohen mit Gerichten und Aufsichtsbehörden. Doch Massendemonstrationen und örtliche Streiks lassen sie von harten Gegenmaßnahmen Abstand nehmen.

Als im Frühjahr Arbeitskämpfe in verschiedenen Industriebereichen ausbrechen und in einem Bergbaugebiet die Kumpel mit Betriebsbesetzungen die Zechenschließungen verhindern wollen, kommt die Bundesregierung unter Druck. Sie will sich den Unruherd X vom Hals schaffen und gibt nach. Die geforderten Finanzen werden bewilligt.

Ein erster Sieg ist errungen, der die Situation für die Bevölkerung verbessert. Doch noch immer ist die Arbeitslosigkeit hoch, noch immer müssen Menschen von der lächerlichen Sozialhilfe leben, noch immer fehlen Wohnungen. Die Arbeiter-

bewegung der Stadt kann nicht das System aussperren, nicht eine nette sozialistische Insel im kapitalistischen Ozean schaffen. Doch wenn Kommunalpolitik nicht als Verwaltung des Übels, sondern als sozialer Kampf betrieben wird, können wirkliche Verbesserungen durchgesetzt werden. Viele ArbeiterInnen haben gemerkt: wenn sie sich zusammenschließen, können sie ihre Ziele erreichen.

Nachdem die Kürzungen lange Jahre geschluckt wurden als wäre sie gottgegeben, haben die "kleinen Leute" ihr Leben selbst in die Hand genommen. Dafür ist es wert, diesen Kampf auf kommunaler Ebene zu führen, auch wenn es, wie bei jedem Kampf, keine Erfolgsgarantien gibt, aber die Garantie des Mißerfolgs, wenn man die Kapitalisten und Polit-Bonzen machen läßt.

Wie kann das erreicht werden?

Ein CDU/FDP-Stadtrat wird das beschriebene Reformprogramm wohl kaum durchführen. Doch auch die SPD nutzt ihre Hochburgen nicht, um gegen Kohls Umverteilungspolitik für das Kapital zu mobilisieren. Sie erledigt durch kommunale Kürzungen die Drecksarbeit für die Regierung. Wir fordern von der SPD eine radikale Wende. Angesichts des Zustandes der SPD – der Entfremdung von den arbeitenden Menschen – ist dafür sehr viel Druck nötig. Durch Mobilisierungen von Betroffenen, vor allem durch die Gewerkschaften, muß die SPD unter Druck gesetzt werden. Die Erfahrung zeigt jedoch, daß dies nur in Einzelfällen Erfolg hat. Die Aktionen von außen müssen durch Umwälzungen in der Partei ergänzt werden.

Basismitglieder, aktive GewerkschafterInnen und Parteilinke müssen mit der Yuppie-Führung und den jeweiligen Stadtwerke- oder sonstigen Clans in der Partei brechen. Auch in den Ortsvereinen und Unterbezirken herrschen wie in Scharpings und Klosos Chefetagen bürgerliche Politiker und bornierte Verwaltungstypen vor. Doch trotzdem gibt es immer noch eine Basis, die sich bei fortschreitender Krise radikalisiert wird. Die Hilflosigkeit bisheriger SPD-Politik in den Städten und Gemeinden wird dafür ein Ansatzpunkt sein.

Claus Ludwig, Redaktion

Liverpool

Eine Stadt wehrt sich

In Thatcher-England fiel Liverpool Anfang der 80er Jahre durch besondere Negativ-Rekorde auf. Überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit, Stadtteile mit einer Jugendarbeitslosigkeit von 40 Prozent, Verfall ganzer Stadtteile. Verantwortlich dafür war die Wirtschaftskrise Anfang der 80er Jahre und die Thatcher-Regierung, die die Städte und Gemeinden finanziell ausbluten ließ. In der Labour Party (LP) in Liverpool hatte nach Jahren zäher Oppositionsarbeit die Linke die Mehrheit gewonnen. Bei den Kommunalwahlen 1983 trat die LP mit einem sozialistischen Wahlprogramm an, welches nicht nur keine Kürzungen, sondern weitgehende Reformen vorsah. Labour gewann die Wahl und beendete damit die traditionelle Vorherrschaft der Liberalen. Bis 1987 trug dieser marxistisch geführte Stadtrat die Verantwortung für die Stadt. In dieser Zeit konnte er einen Großteil seiner Reformvorhaben durchsetzen:

- Bau von über 5000 Sozialwohnungen und Stadtteilsanierung unter Mitsprache der Betroffenen
- dadurch Schaffung beziehungsweise Sicherung von 12 000 Arbeitsplätzen in der Bauwirtschaft
- Einführung der 35-Stundenwoche bei den städtischen Bediensteten
- Streichung von 1000 geplanten Entlassungen und Schaffung 1000 neuer Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst
- Schaffung von 100 neuen Lehrstellen
- Neueinstellung von 519 Lehrern



Die arbeitende Bevölkerung unterstützt den "socialist council"

- Bau von sechs neuen Kindertagesstätten
- Bau neuer Sportzentren

Massenmobilisierung

Diese Reformen überstiegen die finanziellen Mittel der Stadt. Doch der Stadtrat legte der Thatcher-Regierung die Rechnung vor und verlangte die Gelder zurück, die in den Jahren zuvor aus der Kommune in die Staatskasse geflossen waren.

Die Regierung kam unter Druck und gewährte im ersten Jahr der Auseinandersetzung 1984 95 Prozent der geforderten Gelder, 1985 mußte sie verbilligte

Kredite vermitteln.

Daß der Stadtrat überhaupt von 1984-87 diesen Druck auf die Regierung entwickeln konnte, lag an der Unterstützung durch die Arbeiterklasse in Liverpool und über die Stadt hinaus. Der Stadtrat suchte die Unterstützung für seine Politik nicht bei Sektempfängern mit den Honoratioren und Kunstmäzenen der Stadt, nicht in vertraulichen Gesprächen mit Vertretern der Konservativen, nicht bei den Vorständen der Banken, nicht bei den Wirtschaftsführern oder beim Bischoff.

Er warb um Unterstützung vor den Fabrikanten, in den Betrieben, auf Gewerkschaftsversammlungen, auf der Straße und in den Stadtteilen. Er informierte und mobilisierte die Liverpooler Bevölkerung auf Kundgebungen bis hin zu einem stadtweiten, mehrstündigen Generalstreik mit 50 000 Teilnehmern.

Offene Karten

Und der Stadtrat sagte den Leuten die Wahrheit. Nicht die Sorte "Wahrheit" die wir von den meisten Kommunalpolitikern kennen, die Abwassergebühren predigen aber Sekt trinken. Sie sagten schlicht, daß die Thatcher-Regierung den Kommunen das Geld gestohlen hat und daß man das Geld zurückholen muß. Sie sagten, daß man Reformen nur durch Kampf und mit Unterstützung der Bevölkerung, der Gewerkschaften und der La-

bour Party gewinnen und sichern könne. Und daß Liverpool allein niemals gewinnen könne.

Sie verbanden die Reformen mit dem Kampf gegen das kapitalistische Gesellschaftssystem, einem System, das sich nur durch Kürzungen, Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung von einer Krise zur nächsten retten kann.

Der Kampf des marxistischen geführten Stadtrates und der Stadt Liverpool hat die Überlegenheit sozialistischer Kommunalpolitik gezeigt – nicht in der Theorie sondern in der Praxis.

Georg Kümmel, Jungsozialist, Aachen

VORAN kämpft für:

- Keine Kürzungen, kein Arbeitsplatzabbau
- Umfassende kommunale Reformprogramme in den Bereichen Wohnungsbau, Bildung, Soziales und Umweltschutz
- Vorlage der Rechnung bei der Kohl-Regierung, die aus den kommunalen Kassen abgeflossenen Gelder müssen zurückgeholt werden
- Mobilisierung der örtlichen Arbeiterbewegung für die Durchsetzung der Reformprogramme
- Initiative zur Ausweitung des Kampfes auf andere Städte und Gemeinden, koordinierte Anhebung der Gewerbesteuer



Frieden in Nahost?

Haste mal ne Mark?

Nicht in Afrika, nicht in Osteuropa, sondern hier in Westeuropa gibt es 52 Millionen offiziell arme Menschen. Das sind 15 Prozent der Bevölkerung der reichsten Länder der Welt. Gleichzeitig gibt es mehr Milliardäre als je zuvor. Aber da wir in einer sozialen Marktwirtschaft leben, will die EG-Kommission den Armen helfen. Ein umfassendes Hilfsprogramm wird über die nächsten fünf Jahre "die Existenzgrundlage dieser Menschen verbessern." Das Hilfsprogramm wird 236 Millionen DM kosten. Pro Jahr 1 DM für jeden Armen.

Nicaragua: Streiks und Unruhen

Der landesweite Transportstreik in Nicaragua Anfang September war die jüngste Folge des marktwirtschaftlichen Kurses der Regierung Chamorro. Die konservative Regierung versucht die wirtschaftlichen Probleme durch massive Autosteuer- und Benzinpreiserhöhungen auf die Arbeiter und die kleinen Selbständigen wie Bus- und Taxifahrer abzuwälzen.

Die USA hatten vor Jahren Hilfe in Milliardenhöhe versprochen, wenn die damalige sandinistische Regierung durch eine bürgerliche ersetzt würde. Nachdem die "linke Gefahr" gebannt schien, ließ Washington das Land fallen – wie eine heiße Kartoffel. Heute sind 70 Prozent arbeitslos – Kubaner, paßt auf!

Während des Transportstreiks wurden Streikposten von der Polizei erschossen. Jeder Streik in Nicaragua wird zu einem politischen Konflikt. Die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen rechten ehemaligen Contras und sandinistischen Rebellen nehmen wieder zu. Es gibt keine Grundlage für längerfristige Kompromisse zwischen den Bürgerlichen und den Arbeitern und Bauern. In Nicaragua ist eine neue Revolution nötig, die diesmal nicht auf halbem Weg stehenbleiben darf.

Waffenhändler

Jahrelang hatten die USA, Britanniern, Frankreich und andere Saddam geholfen, die viertgrößte Armee der Welt aufzubauen. Es sollte ihre Interessen in Nahost vertreten. Dabei verdienten sich die großen Rüstungs- und Elektrokonzerne dieser Länder eine goldene Nase. Als Saddam einmal nicht nach ihrer Pfeife tanzte, entdeckten von heute auf morgen, daß er der zweite Hitler sei.

Damals dementierte die britische Regierung, daß sie dem Waffenmörder Waffen hatte liefern lassen. Doch jetzt mußte der damalige Außenminister Mellors zugeben, daß sein Ministerium 1988 Waffenexporte ins Kriegsgebiet gebilligt hat – ein Verstoß gegen die eigenen Gesetze.

Mellor schob die Schuld den anderen zu: "Im Industrie- und Handelsministerium wollten sie die Vorschriften intern sowieso lockern. Und es gab einen Minister, der nicht an den Sinn der Regelung glaubte."

Indien: 15 Millionen im Streik

Gegen das Privatisierungsprogramm der Regierung von Präsident Rao und gegen deren Pläne, den westlichen Konzernen alle Freiheiten in Indiens Wirtschaft einzuräumen, streikten Anfang September 15 Millionen Arbeiter. Die "Liberalisierung" der Wirtschaft würde die Existenz von Millionen von Arbeitern und Kleinbauern bedrohen.

Hauptkraft dieses Streiks waren die der "Kommunistischen Partei" angeschlossenen Gewerkschaften. Der indische Staat fürchtet die Aktionen der Arbeiter: mindestens 3000 linke Aktivisten wurden vor und während des Streiks vorläufig festgenommen.

Rabin und Clinton beauftragen Arafat, mit den Palästinensern fertig zu werden

Mit dem Gaza-Jericho-Abkommen hat die PLO-Führung den Kampf um einen unabhängigen Staat Palästina aufgegeben. Arafat behauptet, die begrenzte Autonomie in Gaza und Jericho sei ein Schritt zum unabhängigen Staat. Doch Israels Ministerpräsident Rabin hat erklärt, daß Ostjerusalem israelisch besetzt

ner des Gaza-Streifens und der Westbank systematisch unterdrückt, ihr Land und Wasser gestohlen und ihre Wirtschaft unterentwickelt gehalten hat, will die israelische Regierung die politischen und finanziellen Belastungen loswerden, ohne die Kontrolle aufzugeben.

Durch einen Frieden mit den arabi-

klügel. In der Intifada wurde die Jugend zur führenden Kraft. Die Unfähigkeit der PLO, dem Aufstand eine Perspektive zu geben, ihr Opportunismus führte zu einer Stärkung der vermeintlich radikalsten Kämpfer, der Fundamentalisten der Hamas.

Um nicht jegliche Kontrolle zu verlieren, mußten Arafat und Co. einen "Erfolg" vorweisen. Sie nahmen das Angebot von Mubarak, Clinton und Rabin an, deren Marionette in Gaza und Jericho zu werden, als letzten, verzweifeltem Versuch, die Führung der Palästinenser zu bleiben.

Die bürgerliche PLO-Führung, die schon im Exil im Luxus lebt, hofft jetzt darauf, sich als künftige herrschende Klasse in irgendwelchen autonomen Gebieten festzusetzen.

Die Rolle des Imperialismus

Der Westen hat Israel als Bollwerk gegen die arabische Revolution immer unterstützt. Die Imperialisten hatten Angst vor einem palästinensischen Staat. In Palästina existierte kaum eine entwickelte Kapitalistenklasse. Wäre die Unabhängigkeit erkämpft worden, hätte der Westen kaum Einfluß gehabt, das Land wäre schnell in Richtung Abschaffung des Kapitalismus und Aufbau einer Planwirtschaft gegangen. Selbst wenn das Ergebnis keine sozialistische Demokratie, sondern eine bürokratische Diktatur wie in der Sowjetunion oder Syrien gewesen wäre, wäre dies ein Beispiel für die ausgebeuteten arabischen Massen in anderen Ländern gewesen.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben die Führungen der nationalen Befreiungsbewegungen wie die PLO jegliche Alternativen zum Kapitalismus aufgegeben. Die einzig übriggebliebene Supermacht USA fühlt sich jetzt sicher genug, ihre Bedingungen der bürgerlichen PLO-Führung zu diktieren. Diese wird nicht mehr als Gefahr angesehen, sondern als eine Kraft, die hilft, in der Region für profitable Ruhe zu sorgen. Propagandistisch nutzen die westlichen Regierungen den "Frieden" in Nahost, um von ihrem aggressiver werdenden Vorgehen in anderen Regionen, wie in Somalia, abzulenken.

Sozialistische Alternative

Die Kapitulation der PLO sollte vielen Linken im Westen zu denken geben, die aus guten Willen die PLO-Führung wegen ihrem radikalen Image unkritisch unterstützt haben. Es gibt keinen Ersatz für sozialistische Politik und das Vertrauen in die ArbeiterInnen in Palästina und Israel. Die Alternative zum Bombenterror der nur die Kluft zwischen den Palästinensern und der jüdischen Bevölkerung vertiefte und zum Betteln bei den Imperialisten und arabischen Feudaldiktaturen ist die Organisation einer demokratischen Massenbewegung der Palästinenser in den besetzten Gebieten und in Israel selbst. Die Intifada war ein enormer Schritt in diese Richtung. Es fehlte jedoch die Vorstellung, wie die Unterstützung der jüdischen Arbeiter hätte gewonnen werden können.

Die Palästinenser müßten den Israelis ein friedliches Zusammenleben in einer Föderation unabhängiger Staaten anbieten. Die Macht und Privilegien der Herrschenden in Israel und in den arabischen Ländern stehen im Wege. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme (Land, Ar-

beit, Wohnungen, einen anständigen Lebensstandard, garantierte Rechte der Minderheiten) können in deren Klassensystem nicht überwunden werden.

Deswegen treten wir für sozialistische Umwälzungen in den Ländern des Nahen Ostens ein. Diese Staaten könnten sich bei Wahrung aller Minderheitenrechte freiwillig zusammenschließen.

Aussichten

Welche Chancen hat das Abkommen? Wird Rabin die Siedler und zionistischen Fanatiker zügeln? Wird Arafat Hamas und andere Gegner unter Kontrolle bekommen?

Die Mehrheit der kriegsmüden Juden und Palästinenser hofft jetzt auf Frieden. Die Menschen in Gaza und Jericho werden es begrüßen, wenn die Besatzungsmacht verschwindet. Zuerst wird die PLO dadurch gestärkt. Doch die Abhängigkeit von Israel wird merklich weiterbestehen. Für die verarmten und arbeitslosen Massen heißt Palästina soziale Sicherung und Arbeit.

Letztendlich hängt alles an der wirtschaftlichen Entwicklung. Die USA, die EG, Japan und die Golfstaaten versprechen einen "Marshall-Plan", massive Aufbauhilfen für die Region. Die Weltbank sagt, daß in den nächsten 10 Jahren 2-3 Milliarden US-Dollar benötigt werden, um die Infrastruktur in Gaza und Westjordanland instanzzusetzen, doch UNCTAD (UN-Entwicklungsbehörde) rechnet schon jetzt, daß 7-12 Mrd. Dollar nötig sein werden. Vergessen wir nicht, daß von den versprochenen 24 Mrd. Dol-



Die Massenaktionen in den besetzten Gebieten haben Israel politisch und finanziell viel gekostet.

bleibt und daß die vor 1967 vertriebenen Palästinenser nicht zurückkehren dürfen. Frühestens in fünf Jahren könnte es laut Abkommen die Vereinigung der palästinensischen Gebiete mit dem jordanischen Staat geben, allerdings unter Führung der reaktionären Monarchie König Husseins von Jordanien.

Die Voraussetzung dafür wäre, daß sich die Palästinenser brav unterwerfen und ihren Aufstand – Intifada – beenden. Bewertet wird das "Wohlverhalten" der palästinensischen Massen durch ihre Unterdrücker. Rabin: "Ich werde die Bereitschaft der PLO zum Frieden nach ihrer Fähigkeit, die Gewalt in den besetzten Gebieten zu beenden, beurteilen."

"Dieses Abkommen verwandelt die palästinensische Verwaltung der Autonomie in einen Unterdrückungsapparat gegen unser Volk und für Israel", erklärte Abdullah Hourani, der das PLO-Exekutiv-Komitee aus Protest verließ.

Interessen Israels

Der Zionismus, die aggressive Strategie eines Groß-Israel auf Kosten der Araber, hat dem israelischen Volk 40 Jahre Krieg und Terrorismus beschert. Die Intifada, der Aufstand der Palästinenser in den besetzten Gebieten, läuft trotz brutaler Unterdrückung seit sechs Jahren.

Die enormen Militärausgaben von 6,7 Milliarden Dollar (bei einem Bruttosozialprodukt von 58 Milliarden) verursachen ein andauerndes Haushaltsdefizit und Inflation. Zur Zeit liegt die Arbeitslosigkeit bei 11 Prozent. Die künstliche Wirtschaft Israels könnte ohne massive staatliche und private Zuschüsse aus den USA nicht überleben.

Die israelische Regierung beauftragt die jetzt "gemäßigte" PLO, mit den palästinensischen Massen fertig zu werden. Nachdem sie 25 Jahre lang die Einwoh-

nen Ländern hofft die israelische Regierung auf wirtschaftliche Vorteile. Die Instabilität in der Region ist teuer für das Land. Israelische Ökonomen haben gerechnet, daß der arabische Wirtschaftsboykott gegen Israel jährlich 2-3 Mrd. Dollar durch verlorene Investitionen kostet. Und ein Absatzmarkt von 5 Millionen Einwohnern in Israel selbst ist zu klein für das Großkapital.

PLO in der Krise

Für die Exil-Führung der PLO scheint das israelische Angebot ein letzter Rettungsanker zu sein. Die bisherige Strategie der PLO ist am Ende, die Menschen in den besetzten Gebieten laufen ihr in Scharen davon.

Für die Rechtsanwälte und Geschäftsleute war der bewaffnete Kampf um die nationale Befreiung immer nur ein untergeordnetes Hilfsmittel der Hauptstrategie: Diplomatie mit Hilfe der arabischen Staaten und der Sowjetunion. Die Kombination von Bomben und Verhandlungen sollte Druck auf Israel ausüben. Arafat war dabei von seinen jeweiligen Geldgebern auch politisch abhängig.

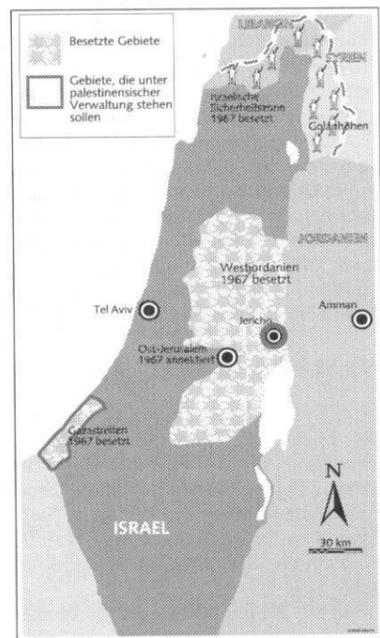
Nach dem Ende der sowjetischen Bürokratie war die PLO mehr denn je auf die Ölscheichtümer angewiesen. Doch nachdem die Massen die Führung gezwungen hat, Irak im Golfkrieg gegen die USA und ihre Verbündeten zu unterstützen, drehten die Saudis den Geldhahn ab. Die politische Krise der PLO wurde auch zu einer finanziellen.

Der PLO drohte der Verlust jeglicher Einflußnahme auf die Massen im Westjordanland und dem Gaza-Streifen. Schon die Intifada, der 1987 spontan begonnene Aufstand, hatte den Einfluß der PLO geschwächt. Die Streiks und Demonstrationen hatten mehr erreicht als 20 Jahre Bomben und diplomatischer

Demokratie?

Mit Demokratie und dem Recht auf Selbstbestimmung hat der Gaza-Jericho-Kuhhandel nichts zu tun. Rabin und Arafat haben am meisten Angst vor der Meinung ihrer eigenen Völker. Es wird keine Volksabstimmungen geben. König Husseins von Jordanien hat überlegt, die geplanten ersten demokratischen Wahlen zu verschieben, damit die Gegner des Abkommens keine Gelegenheit bekommen, den Volkswillen zu testen. Clinton und Rabin ließen den syrischen Diktator Assad wissen, er solle die palästinensischen Gegner des Deals, die sich in seinem Land aufhalten, daran hindern, ihre Meinung öffentlich zu äußern.

Damit war Assad einverstanden, allerdings: "Wenn wir diese Gruppen mundtot machen (das ist in Syrien durchaus wörtlich zu verstehen), soll Herr Rabin den Likud (konservative Oppositionspartei in Israel) zum Schweigen bringen."



lar Hilfe für Rußland nur 1 Milliarde bezahlt wurde!

Eine große Finanzspritze von außen in die besetzten Gebiete könnte Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst und in der Bauindustrie schaffen und die Infrastruktur aufbauen. Doch die Aussichten für eine dauerhafte blühende Wirtschaft sind trüb. Erdöl gibt es keins. Der größte Betrieb produziert "7-Up". Kein Betrieb beschäftigt mehr als 70 Leute. Die Entwicklung von Tourismus auf der Küste von Gaza dürfte der Wirtschaft genau soviel bringen wie in Mecklenburg-Vorpommern.

Das Pro-Kopf-Einkommen in Gaza beträgt 850 Dollar, in Israel 10 878 Dollar.

Die Instabilität in Palästina wird bleiben. Durch das Abkommen haben Rabin, Clinton und Arafat nur Zeit gekauft, die Radikalisierung aufgeschoben. Wenn deutlich wird, daß das Gaza-Jericho-Abkommen keinen Weg vorwärts darstellt, sondern nur die Polizisten ausgewechselt werden, wird es eine stärkere Radikalisierung als vorher geben. Diese wird einen Aufdruck finden: Entweder negativ durch den Fundamentalismus, oder positiv durch den Sozialismus.

Brent Kennedy, Redaktion

Wahlsieg für Polens linke Parteien

Abstimmung gegen den real existierenden Kapitalismus / "Linke" hat keine Alternative

Bei den Parlamentswahlen am 19. September sind die regierenden Bürgerlichen um Premier Hanna Suchocka geschlagen worden. Ihre Demokratische Union erhielt nur 10,5 Prozent, die Liberalen, das katholische Wahlbündnis "Vaterland" und eine Solidarnosc-Liste



Abfuhr von den Wählern: Die polnische "Thatcher" Suchocka

scheiterten an der Fünf-Prozent-Hürde. Stärkste Partei wurde das Bündnis der demokratischen Linken – SLD mit 20,2 Prozent, gefolgt von der Bauernpartei PSL mit 15,2 Prozent. Die SLD besteht hauptsächlich aus der ehemaligen stalinistischen Regierungspartei und vertritt heute eine sozialdemokratische Politik. Die PSL war Blockpartei der Stalinisten.

Auch die Solidarnosc-Linksabspaltung Arbeitsunion (7,3 Prozent) sowie die ultrarechte Konföderation Unabhängiges Polen – KPN und Walesas "Unparteiischer Block – BBWR" kamen mit jeweils 5,4 Prozent ins Parlament.

Weil so viele Parteien knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert sind, haben SLD und PSL fast eine Zwei-Drittel-Mehrheit.

Polens ArbeiterInnen und Bauern haben damit gegen Arbeitslosigkeit und Verarmung gestimmt. Auch den katholischen Ayatollahs, die das Land mit Segen vom Papst in das Mittelalter zurückwerfen wollen, wurde eine Abfuhr erteilt.

Solidarnosc am Ende

Vor allem die aus der Gewerkschaft Solidarnosc hervorgegangenen Parteien (Solidarnosc-Liste, Demokratische Union, Walesas Block) wurden abseviert. Anfang der 80er Jahre hatte der schnelle Aufstieg der Gewerkschaft Solidarnosc enorme Hoffnungen bei den ArbeiterInnen Osteuropas geweckt. Doch die Führer von Solidarnosc haben die Interessen der Arbeiter verraten und sich bei der Wiederherstellung des Kapitalismus in

Polen die besten Posten verschafft. Sie waren verantwortlich für die arbeiterfeindliche Politik der letzten Jahre. Heute ist Solidarnosc eine kleinere Gewerkschaft, die Arbeiterproteste abwürgt. Die Mehrheit der arbeitenden Menschen will mit diesem Beauftragten der Unternehmer und Neureichen nichts zu tun haben.

Die nach wie vor geringe Wahlbeteiligung von 51 Prozent zeigt die mangelnde Begeisterung über sämtliche Parteien. Polens Arbeiter und Bauern haben die SLD und PSL einerseits aus Protest gegen den bisherigen Kahlschlag gewählt. Andererseits erhoffen sie sich durch sie einen "sozialeren" Kapitalismus.

Der SLD-Chef Kwasniewski verspricht, den Kurs marktwirtschaftlicher Reformen fortzusetzen, weiter zu privatisieren und will den Beitritt in EG und NATO. Wie der kapitalistische Kurs mit sozialer Sicherheit und Arbeitsplätzen verbunden werden soll, ist sein Geheimnis.

In einer Zeit, in der in den reichsten kapitalistischen Ländern wie der BRD sämtliche soziale Standards angegriffen werden, bietet das auf den Stand eines kolonialen Schwellenlandes zurückgeworfene Polen auf kapitalistischer Grundlage keinen Spielraum für soziale Fortschritte.

Wenn sich die Lage der arbeitenden Menschen unter einer neuen Regierung nicht verbessert, wird diese sich schnell einer wachsenden Opposition gegenübersehen. Davon werden einerseits die rechtsextremen Großmäuler von der KPN und andere Nationalisten profitieren. Andererseits wird sich innerhalb des linken Bündnisses Widerstand entwickeln. Der größte Gewerkschaftsverband OPZZ, Teil dieses Bündnisses, wird unter Druck kommen, gegen den liberalen Flügel um Kwasniewski Stellung beziehen.

Spannungen zwischen einer SLD-Regierung, die kapitalistische Politik durchsetzt und der Arbeiterbewegung würden den Marxisten die Möglichkeit geben, ihre Alternative – weder stalinistische Diktatur noch kapitalistisches Elend, sondern echte Arbeiterdemokratie – zu verbreiten. Eine kostengünstigere Möglichkeit für eine SLD-geführte Regierung, Popularität zu gewinnen, wäre eine Kampagne gegen die Macht der katholischen Kirche, zum Beispiel durch eine Aufhebung des Abtreibungsverbot. Viele Polen, vor allem Jugendliche, haben die Nase gestrichen voll von den Pfaffen. Doch Kwasniewski hat schon angekündigt, daß er keinen Kampf mit der Kirche will und die Frauen auf die Zukunft vertröstet.

Claus Ludwig, Redaktion



Würden polnische Arbeiter heute Walesa auf ihre Schultern heben, dann nur, um ihn auf den nächsten Misthaufen zu werfen

Mehr Armut trotz Wachstum

Nach vier Jahren Marktwirtschaft in Polen erweisen sich die Versprechungen von Walesa und Co. als hohle Phrasen

Die Mehrheit der polnischen Bevölkerung lebt immer schlechter. Nach offiziellen Angaben lebt die Hälfte der Menschen unter dem Existenzminimum. Verglichen mit der Kaufkraft vor 5 Jahren reicht der durchschnittliche Lohn nur für den Kauf von 50 Prozent der Lebensmittel. Die Regierung führt drastische Kürzungen im Bildungs- und Gesundheitswesen durch. Die realen Löhne fallen anhaltend, vor allem im öffentlichen Dienst.

Polen hat die höchste Wachstumsrate Europas. Im ersten Halbjahr 1993 wuchs die Industrieproduktion sogar um 10 Prozent. Doch das wurde nach einem Schrumpfung der Wirtschaft um 40 Prozent in vier Jahren erreicht.

Es wird 60 Prozent weniger Kohle produziert als in den 80er Jahren, die Stahlproduktion fiel seit 1989 um 50 Prozent. In der ganzen Industrie – Bergbau, Schiffbau-, Metall- und Autoindustrie – wird nicht investiert. Auch 1993 wuchs nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Arbeitslosigkeit. Für Ende des Jahres werden drei Millionen registrierte Arbeitslose – mehr als 16 Prozent – erwartet. Real beträgt die Arbeitslosigkeit 20

Prozent. Allein im Juli wurden 114 000 Arbeiter entlassen.

Kein Wunder, daß die Arbeiter sich immer öfter aktiv gegen die Regierung stellen. Streiks sind an der Tagesordnung. Im vergangenen Winter haben 400 000 Berg-, Hütten- und Bahnarbeiter im Süden des Landes gestreikt. Sie forderten stärkeren sozialen Schutz, Verhinderung des weiteren Sinkens der Reallöhne, Erhaltung des Bergwerksgesundheitsdienstes, Streichung der Schulden und Modernisierung der Bergwerke. Sie wandten sich auch gegen die Privatisierung. Die Zugeständnisse der Regierung erwiesen sich als leere Versprechungen.

Klares Programm nötig

Die Tatsache, daß die Rezession in der EG (vor allem in Deutschland) weitergeht, bewirkt, daß Polen ernste Probleme mit seinen Exporten in diese Länder bekommt. Polens Wachstumsphase wird nicht lange anhalten. Im ersten Jahrzehnt nach 2000 wird eine ernste Anhäufung fälliger Auslandsschulden mit Zinsen auftreten. Diese betragen insgesamt 51 Milliarden Dollar.

Die Arbeiter und Bauern sind die Verlierer der Wiederherstellung des Kapitalismus in Polen. Sie wollen keinen weiteren Sozialabbau mehr, immer wieder verteidigen sich die polnischen Arbeiter.

Die linken Parteien haben keine Alternative (siehe Artikel über die Wahlen). Die kapitalistischen Extremisten vom Liberaldemokratischen Kongreß behaupten, das Linksbündnis SLD hätte sein Wahlprogramm bei den Liberalen abgeschrieben. Auch die Linke setzt auf Privatisierungen, will sie nur "sozial abfedern". Die polnische Arbeiterklasse hat die Tradition großartiger, militanter Streiks. Doch ohne ein klares Programm gegen Privatisierung und für die erneute Verstaatlichung der Betriebe unter der demokratischen Kontrolle der ArbeiterInnen wird die Kampfbereitschaft immer wieder verpuffen. Wir wollen in Polen eine Organisation aufbauen, die dieses Programm in der Arbeiterbewegung vertritt.

Karol Snochowski-Gonzalez,
Warschau
Redakteur der Zeitung
OFENSWA

Weitere Schritte Richtung Chaos

Alte Apparatschicks und neue Mafiosi im Machtkampf

Seit dem fehlgeschlagenen Putschversuch vor 2 Jahren versucht Jelzin, die Marktwirtschaft in Rußland mit der Brechstange einzuführen. Während er immer mehr Macht in seinen Händen konzentrieren will, führt er das Wunschprogramm des Weltwährungsfonds durch: schnelle Privatisierung. Da es jedoch an Investoren mangelt und die Produktion zusammenbricht, explodiert die Inflation. Der Produktionsrückgang zum letzten Jahr beträgt zur Zeit 25-30 Prozent, Prognosen bis Jahresende sprechen von über 40 Prozent. Statt den Aufbau zu finanzieren, bringen die russischen und internationalen Kapitalisten monatlich 1 Milliarde Dollar auf Banken im Ausland in Sicherheit.

Der IWF fordert drastische staatliche Kürzungen einschließlich der Subventionen für Lebensmittel, um das derzeitige Haushaltsdefizit von 23 Billionen Rubel – ein Viertel der gesamten Wirtschaftsleistung – zu senken. Auch wenn große Teile der Bevölkerung angesichts des Zusammenbruchs zivilisierter Lebensumstände lediglich darum kämpfen,

das tägliche Leben zu organisieren, könnten die Forderungen des IWF Aufstände, Revolten und Streiks hervorrufen.

Machtkampf

Die von Ruzkoi und Chasbulatow geführte Opposition gruppiert sich meist um Altstalinisten aus den Chefetagen der großen Staatskonzerne. Auch diese Herren wollen den Kapitalismus. Doch sie wollen ihn nicht an das Ausland verschern, sondern selbst an den Fleischträgern bleiben. Darum setzen sie auf langsamere Privatisierung und mehr Protektionismus. Um eine Basis in der Bevölkerung bemüht, gibt diese Gruppe um Ruzkoi auch eine Arbeiterzeitung mit Forderungen nach Mindestlohn und automatischer Anpassung der Löhne an die Inflation heraus. Wird die Situation kritisch wie bei Streikbewegungen im Frühjahr, besinnen sie sich auf eigene Interessen und verlangen ein generelles Streik- und Demonstrationsverbot!

Kein Flügel der herrschenden Schma-

rotzer in Rußland kann das Land aus der Krise führen, da die Marktwirtschaft keinen Anreiz zum Wiederaufbau der Wirtschaft bieten kann. Viele Bürokraten im Staatsapparat, vor allem bei den bewaffneten Einheiten, fürchten jegliche Veränderung der Machtstrukturen wie den Versuch Ruzkois, sich zum Präsidenten zu ernennen. Das Chaos würde sich nur vergrößern und dem Apparat erschweren, Steuern für ihre Privilegien einzutreiben.

Die ausländische Unterstützung hat den Jelzin-Flügel entscheidend gestärkt. Trotzdem geht der Verfall der gesamten Gesellschaft weiter. Die Regionen kämpfen gegeneinander: Die "Reicheren" wollen Unabhängigkeit und die "Ärmeren" weigern sich, Abgaben an die Zentralregierung zu zahlen. Zur Machterhaltung werden die Nationalismen hochgepeitscht – Kriege sind die Folge und sie könnten ganz Rußland in die Barbarei führen, falls sich die Arbeiterbewegung nicht erholt und den Gangsterkapitalisten das Ruder aus der Hand nimmt.

Geert Möbius, Redaktion

Soziale Not

Die Lage für die arbeitenden Menschen sieht düster aus: Die Preise stiegen von 1991 bis 1993 um 300 Prozent. Das bedeutet einen Reallohnverlust von 200 Prozent für die Arbeiter. Die offizielle Inflationsrate liegt bei 30 Prozent – bis Ende 1993 wird sie wahrscheinlich auf 800 Prozent ansteigen.

Am 25. 7. wurden alle vor 1993 herausgegebenen Rubel in neue Rubel umgetauscht. Diese Nacht- und Nebelaktion war ein harter Schlag für die einfachen Leute. Es durften 100 000 Rubel pro Person umgetauscht werden (für 35 000 Rubel bekommt man ein Paar Schuhe!). Die Verzweiflung der Menschen findet auch in der steigenden Selbstmordrate Ausdruck. 1992 wuchs sie um 30 Prozent.

Die Lebensbedingungen verschlechtern sich in allen Bereichen. Die hygienische und medizinische Versorgung ist kaum noch gewährleistet. Allein dieses Jahr starben 34 Menschen an Diphtherie, darunter drei Kinder. Fleckentypus und Cholera treten verstärkt auf. Schuld daran sind unsauberes Trinkwasser und unkontrollierter Lebensmittelverkauf auf dem Schwarzmarkt, außerdem läßt sich kaum noch jemand impfen.

In dieser Zeit ist es schwer für die Menschen, die Ursachen dieser Misere zu erkennen. Nationalistische und stalinistische Ideologen versuchen, Lösungen vorzugaukeln. Die Schwesterzeitung von VORAN, "Rabotschaja Demokratia" (Arbeiterdemokratie), kämpft konsequent gegen die Marktwirtschaft und diese Strömungen. Sie kämpft für:

- Stopp der Privatisierungen
- Rückführung der bereits privatisierten Betriebe in Staatseigentum unter demokratischer Kontrolle der Arbeiter
- Keinen Einfluß russischer oder internationaler Kapitalisten auf die Zentralbank und andere wichtige Institutionen

Patrick, Berlin

Verkauft VORAN

Ein VORAN-Unterstützer aus Siegen hat seine Arbeitszeit sinnvoll genutzt. Während seiner Tätigkeit als Auslieferungsfahrer für einen Gastronomie-Großhandel hatte er die VORAN dabei. Bei einer ersten Tour nahm er 5 Exemplare zur Probe mit und wurde sie schnell los. Seitdem verkauft er systematisch in deutschen und türkischen Imbissen, an Besucher und Beschäftigte eines Freizeitbades und an alles, was ihm an politisch interessierten Menschen über den Weg läuft. Von der Juli-August-Ausgabe hat er 60 Stück auf seinen Touren verkauft, im September waren es bis Mitte des Monats schon 20. Weiter so!

Berliner VORAN-Unterstützer haben auf dem Alexanderplatz einen hohen Wiedererkennungswert. Jeden Freitag machen sie dort einen Infostand und verkaufen zwischen 50 und 80 Zeitungen. Dabei kommen sie mit vielen Leuten ins Gespräch und bekommen mit, wie die Wut auf die Herrschenden steigt. Aus Diskussionen auf dem Alex haben sich auch praktische Erfolge ergeben: einige

der dort Angesprochen überlegen, VORAN aktiv mit aufzubauen.



Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinungen, Erlebnisse, Kommentare ...

Rauswurf eines Jusos verhindert

Liebe Genossinnen und Genossen!

Der Versuch rechter SPDler in Mettmann bei Düsseldorf, mich aus der Partei zu werfen, ist mißglückt. Ich hatte auf einer SPD-Veranstaltung ein Juso-Flugblatt zur Krise der SPD verteilt, das mit der rechtsopportunistischen Politik der Parteiführung hart ins Gericht ging. In Hinblick auf die sogenannte Mitgliederbefragung wurde eine konsequente Demokratisierung statt eine Amerikanisierung der Partei gefordert.

Dies muß die lokalen Kungelbrüder so erschreckt haben, daß sie um ihr harmonisches Wahljahr 1994 fürchteten. Die Folge: der Ortsvereinsvorstand beantragte ein Parteiordnungsverfahren wegen "parteischädigender Äußerungen" mit dem Ziel, mich auszuschließen. Nicht das Herumtrampeln von Scharping, Klose und Co. auf Parteitagbeschlüssen, nicht der Petersberger Putsch, ist demnach parteischädigend, sondern Kritik daran und die Verteidigung sozialistischer Grundsätze, die immerhin noch im Parteiprogramm stehen.

Die mündliche Verhandlung gegen mich sollte unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden, der Ortsverein Mettmann wurde nicht offiziell informiert. Trotzdem war der Saal am Verhand-

lungstag voll. Genossen der Juso-Linken und von VORAN waren gekommen, um mir den Rücken zu stärken. Nicht solidarisch zeigten sich hingegen die Reformisten-Jusos vom Bezirk Niederrhein.

Angesichts der dürftigen Anklage nahm die Mettmanner Provinz-Posse schnell ein Ende, ohne daß die mündliche Verhandlung eröffnet wurde. Ich mußte keine "Schuld" eingestehen, radikale, linke Kritik konnte nicht als "parteischädigend" dargestellt werden.

Trotzdem muß Klarheit darüber herrschen, daß die Parteirechten nicht überall so unfähig sind wie in Mettmann und nur auf die Gelegenheit warten, mit der Linken abzurechnen.

Birger Scholz, Jungsozialist, Mettmann

T-Shirts, Buttons, Aufkleber ...



T-Shirts: "Gegen Nazis" (2-farbig) und geringe Mengen "Gib Nazis keine Chance" und "Rosa Luxemburg" (1-farbig) je 20 DM.

Buttons: "Gegen Nazis" und "Gib Nazis keine Chance" je 2 DM.

Aufkleber: "Gegen Nazis", "Gib Nazis keine Chance" und "Halte Deine Umwelt sauber" je 0,50 DM.

Bestellungen an Red. VORAN (Hansaring 4, 50670 Köln), nur gegen Vorkasse. Buttons ab 100 Stk. 1 DM; T-Shirts und Aufkleber ab 10 Stk. 30 Prozent Rabatt

... solange der Vorrat reicht

Was will VORAN ?

Der Kapitalismus ist ein chaotisches, krisenhaftes Wirtschaftssystem in dem nur die Profitinteressen einer kleinen Minderheit von Unternehmern zählen. Die Folgen: Hunger und Elend in der "3. Welt" bei gleichzeitiger Überproduktion und Vernichtung von Lebensmitteln; Bedrohung der Existenz der Menschheit durch Raubbau an der Natur; Massenarbeitslosigkeit, Armut, sinkende Reallöhne und Sozialabbau auch in den entwickelten Industrieländern; Abbau der von der Arbeiterbewegung in den letzten Jahrzehnten erkämpften Errungenschaften.

Wir meinen, daß die Ablösung der kapitalistischen Gesellschaft überfällig ist. Würden die industriellen Kapazitäten, die natürlichen Ressourcen und Arbeitskräfte auf der ganzen Welt vernünftig genutzt, müßte kein Mensch hungern, arbeits- oder obdachlos sein und die Umweltzerstörung könnte beendet werden. Das ist nur möglich, wenn die Hebel der wirtschaftlichen Macht in die Hände der arbeitenden Bevölkerung übergehen. Dazu muß die Minderheit der Kapitalisten enteignet werden, damit eine demokratische Planung der Wirtschaft im Interesse von Mensch und Umwelt erfolgen kann.

In Osteuropa ist nicht der Sozialismus gescheitert, sondern der Stalinismus. Es gab zwar Planwirtschaft und Staatseigentum aber keinerlei demokratische Kontrolle durch die arbeitende Bevölkerung. VORAN hat die Diktatur einer privilegierten, abgehobenen Bürokratschicht seit dem Erscheinen unserer Zeitung 1973 politisch bekämpft und diese Staaten nie als sozialistisch betrachtet.

Wir haben das Gemeineigentum an Produktionsmitteln und die Planwirtschaft immer verteidigt und sind auf dieser Grundlage für den Auf-

bau einer echten Arbeiterdemokratie eingeteten.

VORAN ist eine unabhängige marxistische Gruppe. In der Arbeiterklasse, unter der Jugend und in den Massenorganisationen der Arbeiterbewegung kämpfen wir gegen die Angriffe des Kapitals, für jede echte Verbesserung und für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft.

Sozialismus kann nur von der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung erkämpft werden. Dazu braucht sie starke Arbeiterorganisationen mit sozialistischem Programm, die konsequent für die Interessen der ArbeiterInnen kämpfen. Die heutigen Führer von SPD und Gewerkschaften haben jedoch mit diesem System Frieden geschlossen und sind meilenweit entfernt vom Leben der arbeitenden Bevölkerung.

Wir sind aktive Mitglieder der Gewerkschaften, der SPD und der JungsozialistInnen. Wir treten dafür ein, daß der Marxismus wieder auf die Tagesordnung dieser Organisationen kommt. Wir fordern, daß SPD-Abgeordnete und alle hauptamtlichen Funktionäre in SPD und Gewerkschaften nicht mehr verdienen dürfen als ein durchschnittlicher Facharbeiter und daß sie der demokratischen Kontrolle der Mitgliedschaft unterworfen sind.

Mit unserer Zeitung VORAN wollen wir einen Beitrag zu einer unabhängigen Arbeiterpresse gegen die bürgerlichen Medien leisten. Sie dient der Verbreitung sozialistischer Ideen und dem Informations- und Erfahrungsaustausch. Unsere Arbeit wird ausschließlich von Unterstützern und Lesern finanziert.

VORAN ist Teil einer internationalen marxistischen Strömung, die in fast allen europäischen Ländern sowie in vielen Ländern auf den restlichen Kontinenten vertreten ist.

Kampffonds

Kämpfen kostet

Der Herbst hat wettermäßig kühl begonnen, dafür politisch umso heißer. In den ersten Septemberwochen gab es in verschiedenen Städten anlässlich des Anti-Kriegs-Tages Proteste gegen den Somalia-Einsatz der Bundeswehr, aber auch Demonstrationen gegen Sparpläne der Städte und Kommunen. Zudem fanden bundesweite Streikaktionen der Bergarbeiter, Auto-Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst gegen die Angriffe der Regierung und Konzerne statt. Schließlich lassen Alt- und Jungnazis der Antifa-Bewegung keine Ruhe, in dem sie überall versuchen, unversehrt aus ihren Löchern zu kriechen.

Fazit: Keine Ruhe für SozialistInnen und AntifaschistInnen! Solche Ereignisse verpflichten uns geradezu, mit unserem politischem Programm - vertreten

durch die Zeitung - und Verkaufsmaterial bei den Kämpfen dabei zu sein, um die marxistische Alternative in der Jugend- und Arbeiterbewegung zu stärken.

Das heißt, Spenden sammeln für den Kampf gegen Kohl und Kapital. So wurden in Siegen beim Infostand zum Anti-Kriegs-Tag 113,28 DM gesammelt. In Köln hat ein Unterstützer bei der Anti-Spar-Demo am 11. 9. 300 DM gesammelt. In Aachen wurden in der ersten September-Woche durch den Einsatz von Unterschriftenlisten gegen Somalia, Zeitungsüberschüsse, einen Infostand und ein Essen zugunsten des Kampffonds 335 DM eingenommen. Zudem hat Tania Niemeier aus Aachen dem Kampffonds 70 DM geschenkt, die sie beim Ferienjob verdient hat. Vielen Dank! Kasseler VORAN-UnterstützerInnen ha-

ben Brötchen, Buttons und Pfeifen während der JRE-Kundgebung gegen die NPD in Erfurt am 18. 9. verkauft und dabei ca. 200 DM für den Kampffonds eingenommen. Nach diesen und anderen Spenden sieht es im 3. Quartal mit 11 941 DM etwas besser als im Sommer aus, aber es muß noch viel mehr reinkommen, um das Ziel zu erreichen.

Schließlich steht das nächste Quartal mit einem neuen Ziel bevor - und an Möglichkeiten, Spenden für die Zeitung zu sammeln, wird es nicht fehlen. Der Herbst verspricht, heiß zu bleiben und jedem/r, der/die Kohl, Konzerne und Nazis ein für allemal weghaben will, muß klar sein, daß Kämpfen Geld kostet. Also her mit den Spenden!

Fiz Garvie, Redaktion

3. Quartal 1993

Erreicht: 11.941 DM

Ziel: 25.400 DM

Bundesland	Erreicht	% des Ziels erreicht	Ziel
Schleswig-Holstein	79	16%	500
Bremen	218	22%	1000
Mecklenburg-Vorpommern	125	10%	1200
Niedersachsen	0	0%	700
Berlin	2158	70%	3100
Nordrhein-Westfalen	5416	74%	7350
Hessen	2458	22%	6400
Baden-Württemberg	1234	26%	4800
Sonstiges	259	74%	350
Gesamt	11.941	47%	25.400

Es ist höchste Zeit, selbst aktiv zu werden!

- Ich möchte weitere Infos über Eure Arbeit
- Ich möchte bei VORAN mitmachen

Wir melden uns und sagen Dir wo es in Deiner Nähe eine VORAN Gruppe gibt, bei der Du mitarbeiten kannst.

Name, Anschrift, Telefon

Bitte ausschneiden und einsenden an → VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

Ich möchte ...



- VORAN abonnieren, zehn Ausgaben zu 18,- DM
- zusätzlich noch __ Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- ein VORAN-Förderabo, 10 Ausgaben zu __ DM (min. 30,-)
- ein VORAN-Schnupperabo, drei Ausgaben zu fünf Mark

Name, Anschrift, Telefon

Überweisen an: VORAN, Postgiroamt Essen, BLZ: 360 100 43, Konto-Nr. 250 059-430 - keine automatische Abo-Verlängerung

Eine Schippe mehr ...

Bischofferöder Kaliarbeiter fordern Ende der Treuhand-Mafia

Jeden Tag Hiobsbotschaften über Stellenabbau und Entlassungen. Da könnten Nachrichten über den Kampf dagegen leicht gefährlich werden.

Über den Marsch der Bischofferöder nach Berlin wurde kaum berichtet, obwohl Tausende ihn begleitet oder die Marschierer an den Zwischenetappen empfangen haben. Über 5000 nahmen an der Abschlussskundgebung am 19. September in Berlin teil, die Medien berichteten, wenn überhaupt, von 2000 Teilnehmern.

Neue Phase

Der Vorstand der Mitteldeutschen Kali-AG (MdK) verschärfte die Auseinandersetzung durch die Entlassung des Grubenleiters, weil dieser sich auf Seiten der Kali-Arbeiter gestellt hatte. Offenbar wird mehr Wert auf die Loyalität zu den Bonzen von MdK, Treuhand und Regierung gelegt, als auf die Loyalität zum eigenen Beruf und zu den eigenen Kumpeln.

Die Auseinandersetzung hat damit eine neue, härtere Phase erreicht. Jetzt müssen auch die Kumpel und die Solidaritätsbewegung eine Schippe drauflegen.

Mahnwachen, 5-vor-12-Aktionen und Warten auf die EG-Entscheidung, die das Werk wahrscheinlich nicht retten wird, reichen da nicht. Die Kumpel sollten sich die volle Kontrolle über das Werk sichern, um Sabotage und Entlassungen von Fachkräften zu verhindern. Die Marschierer schrieben in ihrem Aufruf: "Po-

litiker und Wirtschaftsbesitzer stürzen sich in eine Katastrophe", und fordern deshalb:

- Sofortige Schließung der Treuhand
- Übergabe der restlichen Treuhand-Betriebe in Landesverantwortung
- Parlamentarische Kontrolle von oben - Belegschaftskontrolle von unten
- Es darf kein Arbeitsplatz mehr vernichtet werden
- Schluß mit dem Sozialabbau
- Keine Kürzung von Sozialleistungen

Dies muß das Kampfziel für Bischofferode selbst sein: Werksbesetzung unter Belegschaftskontrolle, vorläufig eigene Organisierung von Verwaltung und Vertrieb durch Zusammenstellung von Arbeitsgruppen ehemals Beschäftigter der Verwaltung. Direkte Kontaktaufnahme zu Belegschaften und Betriebsräten der Abnehmer-Firmen im Ausland.

Letztlich gibt es nur eine Aussicht für Bischofferode, wenn das Werk in direk-

tes staatliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle durch Belegschaft, Gewerkschafter und Staat überführt wird. Notwendige Anschubinvestitionen des Staates sind allemal billiger und sinnvoller als die Finanzierung von Massenarbeitslosigkeit.

Gemeinsamer Kampf Kali und Kohle

Im Kohlebergbau rumort es ebenfalls. 80 000 Bergleute haben spontan gestreikt. Es ist möglich, eine Kampffront von unten zwischen Kali und Kohle herzustellen, die der Führung der IG Bergbau und Energie Beine machen könnte. Und ohne die Hilfe der Gewerkschaftsführung wäre es für Regierung, Treuhand und Unternehmer sehr viel schwerer, ihre Jobkiller-Strategie durchzusetzen.

Angela Bankert, Köln, IG Medien



Motorschaden

Mercedes, VW, Porsche: Kolbenfresser bei 250 km/h

"Wir befinden uns in einem gnadenlosen Krieg." So VW-Chef Piech zu den Industriespionage-Vorwürfen gegen seinen neuen Manager Lopez.

Der Hintergrund: In den ersten sechs Monaten 1993 wurden in der BRD ein Fünftel weniger neue Autos zugelassen als im Vorjahreszeitraum. Das ist der größte Einbruch seit 26 Jahren.

Die gegenwärtige Rezession trifft die Autoindustrie besonders. In der Krise wird in aller Regel der Kauf langlebiger Konsumgüter als erstes eingestellt. Gerade in der BRD ist das bei dem geringen Durchschnittsalter der Pkw technisch kein Problem.

sten, neue Technologien und neue Formen der Arbeitsorganisation auszuprobieren, vor allem die japanische "schlanke Produktion" (lean production). Diese beruht darauf, daß mehr Verantwortung nach unten übertragen wird, aber nicht die Zeit, um diese Verantwortung wahrzunehmen. Das führt erst zu mehr Motivation, dann aber zu fürchterlichem Streß. "Die Brutalität des Marktes muß auch in den Betrieben spürbar werden" (Mercedes-Chef Werner).

Bei Mercedes Stuttgart haben am 14. 9. 45 000 KollegInnen gegen die Streichung übertariflicher Leistungen protestiert. Zu recht. Lohnverzicht rettet keine Arbeitsplätze. Die USA rutschte 1990 in

kommt, daß allein bei der Herstellung eines Autos 25 Tonnen Abfall anfallen. Eine Umstellung der Produktion ist dringend nötig. Bei der Produktion öffentlicher Verkehrsmittel, umweltfreundlicher Produkte oder von Hilfsmitteln für Behinderte gäbe es genügend Möglichkeiten gesellschaftlich und ökologisch sinnvoller Produktion. Reuter, Piech und Co. sagen, wir könnten uns so etwas nicht leisten. Was wir uns nicht leisten können ist ihre Profitlogik, in der nicht gesellschaftliche Bedürfnisse, sondern nur die kapitalkräftige Nachfrage zählt.

Notwendig ist jetzt der gemeinsame Kampf gegen Lohnraub, Arbeitsplatzabbau und Kürzung übertariflicher Leistungen.



Wie auf der Straße, so im Betrieb

die Rezession, obwohl die Löhne davor jahrelang gekürzt wurden.

Wir dürfen uns nicht gegeneinander ausspielen lassen: weder einzelne Standorte gegeneinander, noch Daimler gegen Porsche oder BMW, noch Autofirmen gegen Zulieferer, noch der "Standort Deutschland" gegen KollegInnen in Spanien, Brasilien oder wo auch immer.

Strukturkrise

Die Autoindustrie stößt an ihre Grenzen. Autofahren besteht fast nur noch aus Stau und Parkplatzsuche. Dazu

gen.

- Übernahme aller Azubis gemäß ihrer erreichten Qualifikation. 1300,- netto für alle Azubis, 1800,- für alle ab 18. Streikrecht für Azubis
- Arbeit für alle. 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sofort
- Öffnung der Geschäftsbücher
- Verstaatlichung der Auto- und Ölkonzerne, der Banken, Versicherungen und Großbetriebe im Speditionsbereich unter demokratischer Kontrolle von Belegschaften und Gewerkschaften

Aron Amm, Stuttgart

Spontane Streiks im Bergbau

Kumpel warten nicht auf IGBE-Führung

Ende September erlebte Deutschland die größten spontanen Streiks seit 20 Jahren. 80 000 Arbeiter im Ruhrgebiet waren im Ausstand. 10 000 streikten im Saarland.

Auslöser war die Ankündigung, bis Ende 94 20 000 Arbeitsplätze im Ruhrbergbau zu vernichten. Zur Zeit arbeiten noch 80 000 Bergleute bei der Ruhrkohle AG (RAG).

Der Streik entwickelte sich spontan. Die Führung der IG Bergbau und Energie (IGBE) und ihre Betriebsräte forderten die Kumpel auf, wieder an die Arbeit zu gehen. An den offiziellen Kanälen vorbei mobilisierten die Bergarbeiter andere Zechen zum Mitmachen. Bergleute führen zur Belegschaftsversammlung bei Opel in Bochum. Die KollegInnen dort erklärten sofort den Bergarbeitern ihre Solidarität.

"Das war der berühmte Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte", so erklärte ein Bergmann, daß der Proteste ohne jede Organisation in wenigen Stunden das ganze Ruhrgebiet erfaßte. Das Ausmaß des Protestes, die Spontaneität und die Unterstützung der Bevölkerung stehen in krassem Widerspruch zu den Beschwerden der Funktionäre aller Gewerkschaften über die "lahme Basis."

IGBE bremst

Wir erleben eine verkehrte Welt. Insbesondere die IGBE-Führung kann man treffender als "IGBE-Bremser" bezeichnen. Statt die Proteste zu führen, gab sie Erklärungen ab: "Wir können die Kumpel nicht mehr ruhig halten." Welches Bild wird hier von den kämpfenden Bergleuten vermittelt? "Ruhig halten"

muß man vielleicht geistig gestörte Menschen, die nicht mehr wissen, was sie tun. Hier kämpfen aber Arbeiter und den Erhalt ihrer Arbeitsplätze - für sich und ihre Kinder. Auf das Argument, daß jeder verlorene Arbeitsplatz der Jugend fehle, entgegnete ein IGBE-Betriebsrat: "Das wirft mir meine Frau auch immer vor. Aber wir sehen unsere Aufgabe nicht im Erhalt der bestehenden Zechen, sondern darin, daß keiner von den jetzigen Kumpeln arbeitslos wird."

Abgesehen davon, daß Arbeitgeber und Regierung andere Pläne haben, wird mit dieser "sozialverträglichen" Arbeitsplatzvernichtung eine ganze Generation Jugendlicher zu Dauerarbeitslosen gemacht.

Schluß mit der Arbeitsplatzvernichtung! Kampf um jede Zeche! Kampf um jeden Job!

Georg Kümmel



Kumpel befürchten das totale Aus für die Region

Letztes Gefecht

Aus für Schiffbaustandort Bremerhaven?

Bremerhaven, eine kleine Großstadt an der Wasserkante. 130 000 Einwohner, von denen sich Tag für Tag 4000 Menschen auf die verbliebenen drei Werften begeben. Die Schichau-Seebeckwerft (SSW), ist mit 2000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber der Region. Die SSW ist im Bremer-Vulkan-Konzern (Werftenverbund) die einzige Werft, die in der Lage ist, Spezialschiffe zu bauen. Doch das soll bald anders aussehen, geht es nach dem Willen des Vulkan-Vorstandes.

Stetiger Abbau

Bereits vor fünf Jahren kostete die Fusion zweier Werften zur SSW 1000 Arbeitsplätze. Damals wurde in einem "Strukturkonzept" eine Fertigungsstundenzahl von 2,4 Mill. festgeschrieben, von der sich eine Belegschaft von 2400 Werftarbeitern ableitet. Doch jetzt sollten die Stunden noch einmal auf 1,5-1,8 Mill gesenkt werden.

Doch den Werftarbeitern bläst schon viel zu lange ein scharfer Wind ins Gesicht, als daß sie sich jede Schweinerei gefallen lassen würden. Die IG Metall organisierte Anfang August zwei große Demonstrationen mit jeweils 2000 Werftarbeitern und legte damit den Verkehr im betreffenden Stadtteil lahm.

Durch diesen Druck sah sich die Werksleitung zu "Zugeständnissen" gezwungen. Man einigte sich auf "nur" 134 Entlassungen (statt ca. 450) was von der Gewerkschaft als Erfolg gefeiert wird. Doch der Werksleitung geht es um eine möglichst baldige Schließung der ganzen Werft. Das ist erklärtes Ziel, ist allen bekannt.

Der Werftenverbund ist finanziell stabil. Auch die Marktlage im Schiffbau ist nicht schlecht. 1988 hat der Bremische Steuerzahler 500 Mill Mark für den Werften-Verbund aufbringen müssen, um die restlichen Arbeitsplätze zu "sichern".

Bisher baut die SSW hauptsächlich Fähren. Durch eine Investition von 180 Millionen DM zur Erweiterung des Docks und zur Überdachung des Fertigungsbereiches könnte die Produktpalette erweitert, größere Schiffe gebaut und die vorhandenen Arbeitsplätze langfristig gesichert werden. Doch der Vulkan-Verbund will diese Investition nicht. Stattdessen soll eine schottische Werft gekauft werden. Dabei geht es nicht um die Arbeitsplätze in Schottland, sondern darum einen lästigen Konkurrenten auszuschalten.

Der Vulkan investiert Kapital in die Vernichtung von Arbeitsplätzen.

Auch der geplante Bau einer neuen Werft in Wismar dient nicht zur Arbeitsbeschaffung. Durch die Ausdehnung des Vulkan-Besitzes wird die Produktion im Konzern so organisiert, daß jeweils nur die "Sahnestücke" der Betriebe weitergeführt werden, Neueinkäufe bedeuten neue Rationalisierungsschübe.

Spaltungsversuche

Um den Widerstand zu schwächen, versucht die die Werksleitung, Keile zwischen die Belegschaft zu treiben. Sie warnt, daß für jeden übernommenen Azubi ein "alter Hase" gehen muß. Das schafft Fronten zwischen den Kollegen und keiner der beiden Gruppen scheint sich so richtig für das Schicksal des anderen zu interessieren.

Die Arbeitslosenquote dieser Stadt liegt bereits bei 17 Prozent. 15 000 Menschen sind von der Sozialhilfe abhängig. Sollte das Sparpaket der Bundesregierung durchgezogen werden, kommen noch einmal 1400 hinzu.

Die Werftarbeiter dürfen sich nicht spalten lassen, sondern müssen an den Erfahrungen der Bischofferöder Kali-Kumpel aufgreifen und für den Erhalt aller Arbeitsplätze kämpfen.

Martin Korte, Bremerhaven
IGM-Mitglied

Die Zeitung
gegen Kohl
und Kapital



Nazi-Treffen verhindern

Kein Vertrauen in Polizei und Justiz

„Wenn die in Fulda etwas zurückhaltender gewesen wären, wären wir mit den Nazis allein gewesen und kein Mensch hätte davon etwas mitbekommen“, so der Chef der Vogelsberger Polizei Erwin Maisch.

Was war geschehen? Nur drei Wochen nachdem 500 Neonazis, ohne von der Polizei daran gehindert zu werden, in Fulda aufmarschierten, konnten sich 100 Faschisten in einer Wirtshaus am Hoherodskopf im ostthüringischen Vogelsberg, nicht weit von Fulda entfernt, versammeln. Organisiert wurde das Treffen von der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige“ (HNG), einem Verein der als Koordinations- und Kontaktstelle für in- und ausländische Faschisten dient. Die langjährige Vorsitzende der HNG, Christa Goerth, war früher bei der inzwischen verbotenen „Aktionsfront nationaler Sozialisten/ Nationale AktivistInnen“ (ANS/NA) Michael Kühnens aktiv. Da verwundert es nicht, daß auch einige andere bekannte „Kameraden“ den Weg zum Hoherodskopf fanden, wie FAP-Chef Martin Busse und der FAP-Landesvorsitzende Niedersachsen und Mitorganisator des Fuldaer Aufmarsches, Thorsten Heise.

Polizei schützt Nazis

Die Polizei, die von dem Treffen wußte, ging nicht gegen die Faschisten vor. Sie sah keine rechtliche Möglichkeit die Versammlung zu verbieten und glaubte die Neonazis „besser im Griff“ zu haben, indem sie das Treffen nicht auflöste. Wie schon das Zitat des Vogelsberger Polizeichefs zeigt, scheint die Taktik der Polizei darin zu bestehen, sich mit den Faschisten unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu beschäftigen. So hatten die HNG-Anhänger und ihre Freunde von der FAP die Möglich-

keit, ungestört über den weiteren Aufbau ihrer Organisationen und über weitere Aktionen zu debattieren. Die Polizei hatte derweil Zeit, sich den etwa 40 Gegendemonstranten zu widmen, von denen 2, die die Frechheit besaßen, sich zu verummummen „erkennungsdienstlich behandelt“ wurden.

Bei den Pogromen von Rostock-Lichtenhagen, wo die Polizei ihre Kräfte auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung zurückzog und der damalige Innenminister Mecklenburg-Vorpommerns Lothar Kupfer nach Hause fuhr; in Quedlinburg, wo die Polizei zusah, wie Skinheads AntifaschistInnen angriffen, die ein Flüchtlingsheim schützten, in Fulda, wo die Polizei ihre Hauptaufgabe darin sah, die Gegendemonstranten aus der Stadt herauszuhalten und jetzt am Hoherodskopf: Immer wieder können die Faschisten ihre Aufmärsche, Versammlungen und Gewalttaten durchziehen, ohne daß der Staat ihnen Einhalt gebietet.

„Sozialarbeit“

Die Gegenmaßnahmen des Staates sehen dann aus wie im thüringischen Weimar, wo das Bundesministerium für Familie und Jugend aus seinem „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ ein Jugendzentrum im Dichterweg finanziert. Eine gute Idee, sollte man denken. Allerdings haben dort nur zwölf Jugendliche, die sich



Am 14. 8. konnte die FAP ungestört durch die Fuldaer Innenstadt marschieren. Gegenüber AntifaschistInnen war die hessische Polizei nicht so duldsam

selbst als „rechtsradikal“ bezeichnen und von denen einige als Nazi-AktivistInnen bekannt sind, Zutritt. Von den 43 000 DM, die das Ministerium im letzten Jahr für dieses Projekt ausgab wurden nicht nur normale U m b a u m a ß n a h m e n finanziert. Das Gebäude wurde mit

Stahltüren und Umzäunung befestigt, die Jungnazis konnten sich mit Schlagstöcken, Gasmasken und Handschellen versorgen, die sie zum Aufbau ihrer „Bürgerwehr“ benötigten. In diesem Jahr sind weitere Gelder des Ministeriums für das „Jugendzentrum Dichterweg“ vorgesehen.

Entschlossenes Vorgehen gegen Rechts zeigt auch die bayerische Justiz: Nach einem Urteil der Nürnberger Staatsanwaltschaft darf die NPD weiter mit einem Plakat werben, daß

die Aufschrift „Statt Abtreibung in Deutschland Kondome für die Dritte Welt“ trägt und den durchgestrichenen Kopf eines Afrikaners zeigt. Nach Ansicht der Staatsanwälte ist dieses Plakat nicht geeignet, „um in eindringlicher Form Feindschaft gegenüber farbigen Bevölkerungsgruppen zu erzeugen“.

Nützliche Idioten

Offensichtlich haben die Herren in Regierungs- und Konzernetagen kein Interesse daran, gegen die faschistischen Mörderbanden vorzugehen. Warum auch? Kapitalisten und Politbuzzen werden nicht von ihnen bedroht, ihre Profite, die sie auf unsere Kosten machen, werden von den Faschisten nicht in Frage gestellt. Und bei der Verschärfung der Asylgesetze, oder wenn wieder mal nach „Recht und Ordnung“ geschrien wird, sind sie willkommen um die „rechte“ Stimmung zu erzeugen.

Diejenigen hingegen, die gegen die braune Flut ankämpfen, werden von

den Staatsorganen unter Druck gesetzt und verfolgt.

Wer in diesem Staat soziale Fragen wie Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot in einen Zusammenhang stellt mit dem Erstarren der Rechtstexten und der Kohlschen Politik der Umverteilung von unten nach oben, kann sich der Aufmerksamkeit von Polizei und Verfassungsschutz sicher sein, da er/sie an den bestehenden Verhältnissen kratzt.

Dennoch ist dies der richtige Weg, um gegen die Faschisten, ob mit Stiefeln oder mit Krawatte bekleidet, vorzugehen. Es ist notwendig die sozialen und wirtschaftlichen Ursachen von Rassismus anzugehen. Verbote und schöne Politikerworte reichen nicht aus.

Stattdessen müssen wir unsere eigenen Organisationen aufbauen, auf Gewerkschaften und linke Parteien Druck ausüben, um gemeinsam die Faschisten zurückzuschlagen, und sie und ihre Scheinlösungen zu entlarven.

Martin, Kassel